



Grundsatz- und Positionspapier 2014 - 2019

Wirtschaftsrat der CDU e. V.
Landesverband Sachsen



Einleitung

Der Wirtschaftsrat Deutschland engagiert sich seit über 50 Jahren dafür, die Wirtschaftsordnung in unserem Land an den wirkungsvollen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auszurichten. Politisches Handeln danach ist nicht selbstverständlich. Immer wieder werden politische Entscheidungen getroffen, die weit über den ordnenden Rahmen hinaus dirigistisch in den freiheitlichen Wettbewerb eingreifen und das Erfolgskonzept außer Kraft setzen. Aktuell ist dies am Beispiel der deutschen Energiewende zu erleben mit fatalen Folgen, die in ihrer Dimension noch nicht abzusehen sind. Mit der Gefahr der De-Industrialisierung wird Wohlstand für alle aufs Spiel gesetzt. [Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft geben für alle wirtschafts- und sozialpolitischen Vorhaben einen bewährten und erfolgversprechenden Kompass.](#)

Die [Verankerung der Schuldenbremse](#) in der sächsischen Verfassung ist das Verdienst der jetzigen Landesregierung und des Parlaments und findet die [ausdrückliche Anerkennung der Wirtschaft](#). Mit der Schuldenbremse verpflichtet sich der Freistaat auf verfassungsgemäßem Grundsatz auch für die Zukunft zu einem Globalbudget über alle Ressorts und zu konsequenter Haushaltsdisziplin. Bereits mit der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre hat sich Sachsen finanziellen Freiraum von rund einer Milliarde EURO jährlich für zusätzliche nachhaltige Investitionen erarbeitet. Diese sehr beachtliche Leistung trägt dazu bei, die Bedeutung und Wertschätzung des Freistaates unter den deutschen Bundesländern zu stärken.

Fakt ist allerdings, die für den Freistaat verfügbaren Haushaltsmittel sinken spürbar durch degressive Zuweisungen aus dem Solidarpakt und der EU. [Das Delta lässt sich nur mit überdurchschnittlicher Wertschöpfung ausgleichen.](#) Deshalb ist es [von außerordentlicher Bedeutung, der heimischen Wirtschaft als der Lebensader die optimalsten Rahmenbedingungen zu ermöglichen.](#) Noch benötigt der sächsische Mittelstand gezielte, differenzierte Fördermaßnahmen, um mittelfristig das Ziel einer sich insgesamt selbsttragenden Wirtschaft zu erreichen. [Unterhalb des Globalbudgets des Freistaates sind deshalb Schwerpunkte zu setzen,](#) die dazu geeignet sind, die Innovations- und Wirtschaftskraft in Sachsen zu erhöhen, das Größenwachstum des Mittelstandes zu unterstützen und den Freistaat zu Spitzenpositionen zu führen. Nachhaltige, aktive Wirtschaftsförderung ist und bleibt daher unsere Hauptaufgabe.

Mit dem vorgelegten Grundsatzpapier unterbreiten wir konkrete Vorschläge, die aus Sicht des Wirtschaftsrates, seiner Mitglieder und der sächsischen Wirtschaft in den nächsten Jahren vorrangig in Sachsen umgesetzt werden müssen. Das Papier erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Wertigkeit in der Reihenfolge, sondern konzentriert sich auf [Vorschläge, die vom Freistaat zu beeinflussen sind. Enthalten sind grundsätzliche, prioritäre Forderungen, die auch über das Wirtschaftsressort hinausgehen, weil sie für das Umfeld von Wirtschaft von Bedeutung sind.](#) Zugleich ist darin ein gesellschaftlicher Beitrag zu sehen, Zukunftschancen für unser Land zu entwickeln und es attraktiver und lebenswerter zu gestalten.

Simone Hartmann
Landesvorsitzende Sachsen, Wirtschaftsrat der CDU e. V.

Vorschläge des Wirtschaftsrates auf einen Blick

Identitätsstiftende Vision für den Freistaat Sachsen entwickeln

- „Made in Saxony“ als herausragendes Markenzeichen des Freistaates entwickeln
- Sachsen zu den TOP 3 der leistungsfähigsten Bundesländer in Deutschland führen
- „Marke Sachsen“ schärfen, Markenauftritt kontinuierlich ausrichten und führen, mit Qualitätsversprechen verbinden (Markenstrategie)
- Wachsende Wettbewerbsvorteile aus starkem positiven Gesamtbild entwickeln
- Unter dem Slogan: Innovation, Industrie, Individualität

Politik am Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft ausrichten

- Politische Wertschätzung der Leistungen des Mittelstandes in der Industrie, im Handwerk, im Dienstleistungsbereich oder als Freiberufler öffentlich darstellen
- Maxime: „Kleine groß machen“ – Konzernzentralen in Sachsen entwickeln
- Konzernzentralen – wenn möglich– zugleich in Sachsen ansiedeln
- Förder- und Finanzierungsprogramme auf innovatives Unternehmenswachstum ausrichten
- Instrumentarium der Bürgschaften und Beteiligungen zur Eigenkapitalstärkung ausbauen
- Unternehmensnachfolge erleichtern: durch steuerliche, rechtliche, finanzielle, administrative Rahmenbedingungen
- Außenwirtschaftsförderung mit Mehrwert für den sächsischen Mittelstand darstellen
- Koordinierte Breitbandstrategie vorantreiben und umsetzen mit dem Ziel, kurzfristig flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz für schnelles Internet aufzubauen und dabei modernste Breitbandtechnik anzuwenden
- Weitere finanzielle Belastungen durch Steuererhöhungen und Abgaben, die den Faktor Arbeit verteuern, vermeiden; stattdessen Bürokratie reduzieren und Unternehmen von Kosten entlasten

Industriestandort Sachsen als innovativen Wachstumstreiber ausbauen

- Im Blick behalten: Sachsen auf Platz 10 im internationalen Standort-Ranking
- Fortbestand der Industrie sichern und ausbauen (Risikofaktoren Energiekosten, Mindestlohn, Fachkräftemangel, Rente mit 63)
- Industriepolitik als Querschnittsaufgabe zu Forschung und Entwicklung, Bildung und Infrastruktur im weitesten Sinne verstehen
- Zum Technologietransfer Forschung und sächsische Wirtschaft engmaschig vernetzen
- Hochleistungsfähige Informations- und Kommunikationsinfrastruktur landesweit aufbauen (Breitbandnetz)
- Ländliche Räume entsprechend der Bedeutung für die Industrie gestalten
- Brachliegende Gewerbeflächen sanieren und neu bewirtschaften
- Chancen für Industrieansiedlungen außerhalb der Ballungsräume nutzen
- Wirtschaftsförderung mit starkem Akzent auf Industrie profilieren und auf durchgängige Wertschöpfungsketten ausrichten.

Innovationsentwicklung unterstützen, Innovationstransfer forcieren

- Innovationen in sächsische Wertschöpfung transferieren
- Neues Kriterium zur Fördermittelvergabe einführen: Wertschöpfung in sächsischer Wirtschaft
- Gezielte Anreize entwickeln: Vorteile für Innovationsgeber wie Innovationsnehmer im Falle des gelungenen Innovationstransfers in Sachsen
- Innovationsplattform zur Vernetzung der Innovatoren aus Forschung und Wirtschaft etablieren
- Ergebnisorientiertes Controlling zum Innovationstransfer (analog Bund)
- „Innovationsdienstleister“ in Förderprogramme integrieren
- Forschungs- und industriegetriebene, wirtschaftsgesteuerte Inkubatoren unter dem Dach der Technologiezentren ausbauen
- Vorrang für Verbundforschungsprojekte praktizieren
- Leistungsfähigkeit der Industrieforschungseinrichtungen (IFE) erhalten und um Investitionsförderung ergänzen, eigene Titel in Technologieförderprogrammen planen
- Bewertung der Fördermittelanträge auf Projektträger übertragen (analog Bund)
- Mit „Technologiefonds“ Ausgründungen aus Wissenschaftseinrichtungen sowie aus Unternehmen unterstützen
- Gründerwelle initiieren

Exzellente Bildung als notwendige Bedingung für Wirtschaftsentwicklung

- Lehrpläne: auf essentielle Lerninhalte konzentrieren, Grundwissen und methodische Kernkompetenzen sowie Werte anwendungsbereit festigen
- Exzellenz: transparente Parameter für Vergleich von Schulen gleicher Stufe entwickeln und Qualitätswettbewerb initiieren
- Überalterung: proaktive Personalpolitik fortsetzen
- Wichtiger Baustein: Lehrerpersönlichkeiten, die sich besonders für die Bildungsergebnisse ihrer Schüler einsetzen, anerkennen und würdigen
- Freie Schulen als belebende Schulform im Wettbewerb ermöglichen, Ungleichbehandlung zu staatlichen Schulen aufheben
- Gestaltungsfreiheiten für Schulen einfordern sowie verfügbaren Gestaltungsspielraum nutzen
- Klar strukturierte Schulnetzplanung erstellen
- Flächendeckende Berufsorientierung durchsetzen, dabei spezielle regionale Wirtschaftsschwerpunkte berücksichtigen
- Bestehende Kooperationen Schule-Wirtschaft weiter ausbauen und neue Kooperationen schaffen
- Kinderbetreuung: gute Voraussetzungen in Sachsen weiter ausbauen, frühkindliche Bildung einführen, Rahmenbedingungen für die Unternehmen beachten (z.B. rechtzeitiges Heranführen an technische und sprachliche Bildung, Öffnungszeiten)
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht allein zu Lasten der Unternehmen ausbauen

5-Punkte-Plan zur Fachkräftesicherung

- **Demographie:** weitere Anreize zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer schaffen – über die jetzigen Bemühungen der Bundesanstalt für Arbeit hinaus und gegen die kontraproduktive Rente mit 63
- **Bildung/Qualifikation:** Ursachen für hohe Schul- und Studienabbrecherquote systematisch bekämpfen anstatt Anspruchshaltung zulassen
- Stärkere Leistungsorientierung einfordern
- Programme zur „späten Lehrausbildung“ aktiv bewerben
- System der Betreuung von Studienabbrechern für alternative Berufsentwicklung einführen, um Studienabbrecher für Ausbildung zu gewinnen
- Staatliche Unterstützung zeitlich begrenzen und auf Qualifizierung in nachgefragte Berufe beschränken
- **Ausbildung und Marktorientierung:** Ausbildung erfolgt häufig am Markt vorbei; fakultäts- und institutsbezogene Übersicht der in den Ausbildungsberuf vermittelten Absolventen erstellen; Ergebnis ist bei Haushaltszuweisungen und strategischer Planung zu berücksichtigen; sukzessiver Ausbau dieses Systems beginnend mit Universitäten und Hochschulen
- Studiengebühren für Fachrichtungen mit nicht verfügbaren Berufschancen in Wirtschaft und Dienstleistung einführen; marktorientierte Berufsberatung für Schüler/Abiturienten umsetzen
- **Einwanderung:** an Chancen für eine gelungene Integration ausrichten; Schlüsselkriterien für eine gezielte Einwanderungspolitik sind Qualifikation und Qualifikationsfähigkeiten, potentielle Leistungsträger und leistungsfähige Steuerzahler, Fachkräfteerfordernisse der Wirtschaft; Einwanderungspolitik am Beispiel der sehr gut integrierten Vietnamesen orientieren
- **Spezifisch sächsische Herausforderungen:** günstige Rahmenbedingungen für Ansiedlung von Konzernzentralen ermöglichen; Vorteile des Freistaates gegenüber anderen Bundesländern besser kommunizieren; duale Ausbildung unterstützen; Quereinstieg in Berufe ermöglichen; Bedarf künftiger Berufe und Fachkräfte im Zusammenwirken mit Wirtschaft analysieren

Risikofaktor Energie

- Subventionspolitik dringend stoppen, Stromkosten reduzieren!
- Sächsischen Einfluss geltend machen: Energiepolitik auf marktwirtschaftlicher Basis ausgestalten
- Vollständiges Auslaufen der Förderung für erneuerbare Energieträger spätestens bei einem Anteil von 35 Prozent am deutschen Stromverbrauch
- Einführung der verpflichtenden Direktvermarktung mit fixer Marktprämie für alle Neuanlagen ab 2015
- Umsetzen spezifischer Lösungen und verlässlicher Rahmenbedingungen für energieintensive Wirtschaftszweige zur Erhaltung des Industriestandortes Sachsen
- Synchronisieren des Zubaus erneuerbarer Energieträger mit dem Ausbau der Stromnetze
- Verhindern von Subventionen beim Stromnetzausbau zu Lasten des Freistaates
- Beteiligung der Erneuerbare-Energien-Anlagenbetreiber an Maßnahmen der Systemstabilität und Versorgungssicherheit
- Begrenzung und Senkung der Kosten für Stromerzeugung und -verteilung
- Schaffen gleicher Wettbewerbsbedingungen für privatwirtschaftliche sowie kommunale Energieversorgungsunternehmen unter marktwirtschaftlichem Ordnungsrahmen

- Realisieren von Effizienz-Maßnahmen zur Energieeinsparung
- Nutzen geothermischer Potenziale vorzugsweise in Sachsen
- stärkere Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Koordinierung
- Braunkohle muss Energiemix deutlich mitbestimmen
- Diskussion mit sachbezogenen Argumenten auf Basis wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Realität führen
- Der Freistaat wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine unideologische Aufklärung und Problemlösung zu engagieren

Entwicklung zur digitalen Gesellschaft gestalten

Die ITK-Wirtschaft ist ein zentraler Baustein für eine moderne Industriepolitik. Wir fordern daher:

- die gleiche Aufmerksamkeit für die ITK-Wirtschaft wie für traditionelle Branchen
- die Innovationsstrategie des Freistaats um eine digitale Agenda zu ergänzen
- das Potenzial in Sachsen mit wesentlichen Standorten der Software- und IT-Industrie zu nutzen
- die Standortvorteile durch Ansiedlung von namhaften Forschungseinrichtungen für die Softwarebranche auszubauen und zu festigen
- die Rolle der Software- und IT-Industrie für die Zukunftsfelder (Umwelt, Energie, Rohstoffe, Mobilität, Gesundheit, Digitale Kommunikation) in jedem Einzelfall zu verdeutlichen
- den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken zur Vereinfachung von Kommunikation, Prozessen und Transaktionen zwischen staatlichen, kommunalen sowie sonstigen behördlichen Institutionen, den Unternehmen und Bürgern zu fördern

Tourismus als prosperierende Wirtschaftsbranche vorantreiben

- Politisches Gewicht entsprechend der Bedeutung der Branche einräumen
- „Beauftragten für Tourismus“ im Sächsischen Landtag per Gesetz installieren
- Einzigartige sächsische Attraktionen und Alleinstellungsmerkmale im Wettbewerb mit erfolgreichen nationalen wie internationalen Destinationen weiterentwickeln, neu ausrichten und effizienter kommunizieren
- Ländliche Regionen in Wachstumstrend zum Städte- und Kulturtourismus auch zu deren Nutzen einbinden
- Tourismus als System öffentlicher und privater Partnerschaft ertüchtigen
- Optimierung der Zuständigkeiten durch ressortübergreifende Koordinierung
- Akteure der verschiedenen Handlungsebenen (Freistaat, Kommunen, Landestourismusverband, TMGS und KMU) vernetzen
- Übergreifende Themen zum sächsischen Standortmarketing strategisch aufbereiten und ressortübergreifend steuern
- Internationale Quellmärkte mit Alleinstellungs-Attraktionen erschließen und Schwerpunkte bei Zielgruppen und Themen setzen
- National bedeutsames Kulturgut schneller als Attraktion für Tourismus verfügbar machen
- Professionell kommunizieren, sächsische Attraktionen und Produkte vernetzt vermarkten, Internet-Plattform umfassend weiterentwickeln
- Flughäfen Dresden und Leipzig verstärkt touristisch nutzen

Wachstumsbranche Gesundheitswirtschaft

- Gesundheitswirtschaft für klassische Industriezweige erschließen
- Gesundheitsversorgung als essentielle Infrastruktur im Fokus behalten
- Sachsen zu starker Medizintechnik-Region entwickeln und Cluster Medizintechnik mit Hauptsitz der Firmen in Sachsen gründen
- Einsatz der Telemedizin-Technologie zur effizienten Nutzung knapper Ressourcen unterstützen: für Versorgung ländlicher Regionen und innerhalb staatlicher Kliniken
- Innovative Modelle der Integrationsversorgung unter politischer Moderation der Akteure unterschiedlichster Interessen erproben und weiterentwickeln
- Politische Initiativen, anstatt Krankenhauskapazitäten zur Versorgung psychischer Erkrankungen ausbauen, ambulante Betreuungsmöglichkeiten etablieren. Damit Investitionskosten des Freistaates in Kliniken reduzieren
- Auf Verabschiedung des Präventionsgesetzes auf Bundesebene zur Unterstützung des Mittelstandes beim betrieblichen Gesundheitsmanagement hinwirken

Verkehrspolitik ist Standortpolitik

- Gute Erreichbarkeit, Verkehrsinfrastruktur und leistungsfähige Mobilitätsangebote als wichtige Grundlagen für Standortqualität, Internationalität und Wirtschaftsentwicklung im Blick halten
- Verkehrsanbindung Sachsens als Teil der Metropolregion Mitteldeutschland weiter vorantreiben
- Internationale und überregionale Erreichbarkeit Sachsens und insbesondere der drei Großstädte Chemnitz, Dresden, Leipzig dringend verbessern
- Belastbares, strategisch nachhaltiges Gesamtverkehrskonzept entwickeln
- **Schieneverkehr:** schnelle, regelmäßige Bahnverbindungen aufbauen; zunehmenden Güterverkehr durch moderne logistische Angebote im Schienen- und Schifffahrtsverkehr bewältigen
- **Straßenverkehr:** Erreichbarkeit insbesondere ländlicher Regionen verbessern; Bundesmittel durch Freistaat auf bisherigem Niveau einfordern; Mittel aus Entflechtungsgesetz vorrangig für kommunalen Straßenbau einsetzen; neue touristische Zielgebiete wie Lausitzer Seenland anbinden; Straßen mit hoher Verkehrsbelastung ausbauen bzw. Gradientenverbesserungen durchführen sowie Engstellen beseitigen
- **ÖPNV/SPNV:** SPNV als leistungsfähiges Rückgrat des öffentlichen Verkehrs stärken; Taktverkehr und abgestimmte Anschlüsse an Fern- und regionalen Busverkehr sichern; touristische Vermarktungsorganisationen bei Konzeptentwicklung unterstützen; bei Neuverteilung der Regionalisierungsmittel möglichst hohen sächsischen Anteil und Dynamisierung fordern
- **Luftverkehr:** Frachtverkehr forcieren; auf Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Luftverkehrssteuer hinwirken; strategisches Positionierungs- und Entwicklungskonzept für beide Flughäfen, branchenübergreifende Abstimmung zu Fernmärkten und Entwicklungskorridoren sowie Vermarktungsstrategie erarbeiten; kurzfristig Marketingaktivitäten in Ziel- und Quellgebieten entwickeln und unbürokratisch Marketingfonds über PPP-Projekt auflegen; Geschäftstätigkeit der Flughäfen durch Freistaat als größten Anteilseigner verstärken
- **Binnenschifffahrt:** Elbe als funktionsfähige internationale Wasserstraße ausbauen, Schifffahrtsverhältnisse vor Hochwasser 2002 wieder herstellen, Mindeststandard der Fahrrinntiefen sicherstellen und erarbeitetes „Sohlstabilisierungskonzept“ umsetzen



- **Ausbildung:** deutschlandweit exklusive, interdisziplinäre Hochschulbildung an TU Dresden bündeln und stärker mit Kooperationen zur Wirtschaft vernetzen

Verwaltung als professioneller Dienstleister

- Mit personellen und finanziellen Ressourcen effektiv wirtschaften, zugleich Dienstleistungen des Staates fachkompetent und kundenorientiert erbringen
- Professionalität der Verwaltung verbessern, konsequente Dienstleistungs- und Kundenorientierung umsetzen
- Ansprüche an Führungspersönlichkeiten formulieren
- Instrumente und Methoden der modernen Unternehmensführung einführen und für die Administration weiterentwickeln
- Innovationsfreundliches Klima in den Verwaltungen schaffen und unnötige Bürokratie abbauen
- Als weiteren Schritt zum Bürokratieabbau: für jedes neue Gesetz zwei bestehende jeweils gleichen Umfangs streichen – der Staat muss nicht alles regeln oder verbieten
- Unterhalb der Finanzbudgets strategisch nachhaltige Schwerpunkte setzen
- SAB als Förderbank: konkrete Ansprechpartner für Unternehmen festlegen; hohe fachliche Kompetenz sichern; Fachbeirat als unterstützendes Gremium zur Schwerpunktsetzung einrichten

Stadtentwicklung

- Kurz- bis langfristige kommunale Entwicklungsplanungen verlangen, deren einzelne Projektbausteine sich zu einem ganzheitlichen Zukunftskonzept zusammenfügen
- Kommunen nach Handlungsleitlinien strategisch-inhaltlich führen und profilieren
- Anreizsysteme für die strategische Zielerreichung nutzen
- Konzepte für energieeffizientes Planen und Bauen entwickeln
- Ideenwettbewerb um neue Konzepte für „Städte der Zukunft“ initiieren
- Bei Stadtentwicklung aktuelle Trends/ Anforderungen insbesondere der jungen Generation/ junger Familien sowie innovative energetische Symbiosen berücksichtigen
- Unter Federführung der TU Bergakademie Freiberg landesweite Karten zur Erschließung geothermisch nutzbarer Gebiete erarbeiten
- Attraktivität der Ballungszentren Dresden und Leipzig für junge Familien erhalten, bezahlbare Flächen städtebaulich planen und für die Bebauung frei geben
- Haushaltsmittel der Kommunen weitestgehend übertragbar auf das Folgejahr gestalten
- Präventive Abwehr von Hochwasserschäden an kommunalem/ staatlichem Eigentum als kommunale/ staatliche Gemeinschaftsaufgabe bearbeiten
- In Hochwasserschutz Vorsorgemaßnahmen gegen wildabfließende Gewässer einschließen
- Hochwasserschutz länderübergreifend mit Tschechien und Polen regeln

Schlusswort

- Wirtschaftspolitik nimmt unter Politikfeldern höchste Priorität ein.
- Deshalb: Wirtschaftspolitik zur Chefsache erklären!

Identitätsstiftende Vision für Sachsen entwickeln

„Made in Saxony“ soll zum herausragenden Markenzeichen für Qualität und Innovation in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft werden. Unser Freistaat soll mit Bayern und Baden-Württemberg zu den **TOP 3 der leistungsfähigsten Bundesländer in Deutschland** gehören. Auf diesem eingeschlagenen Weg haben die Sachsen ein beträchtliches Stück absolviert. Der zweite Teil führt dahin, an die Spitze aufzuschließen. Sachsen hat sehr gute Chancen, dieses Ziel zu erreichen. Dazu ist die Dynamik wirtschaftlichen Wachstums ständig neu zu beleben: mit innovativen Impulsen, neuen Konzepten, auch unkonventionellen Maßnahmen und einer von Innovationskultur geprägten Politik. Die Motivation zum Aufstieg ist der zentrale Wirkmechanismus der Marktwirtschaft. Die **Begeisterung für den Erfolg im Wettbewerb muss die politischen und administrativen Entscheidungen in Sachsen prägen.**

„Marke Sachsen“ schärfen, Markenauftritt führen

Beim Gedanken an Sachsen müssen **bildhafte Vorstellungen** entstehen, **mit denen sich unser Land eindeutig und unverwechselbar von anderen Regionen unterscheidet**. Diese Bilder stammen aus kollektiven Erfahrungen, Erlebnissen oder Eindrücken. Das individuelle Profil Sachsens prägen vielfältige Bedingungen: zuallererst die Menschen selbst mit ihrer Kreativität, einem freien Geist, Fleiß und Perfektionismus, einer unermüdlichen Zielstrebigkeit, Zähigkeit und einer wachen Aufmerksamkeit für Unternehmungen zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Sachsen ist nicht nur das Land der Ingenieure und Tüftler und der innovativen Erfindungen. Auf das Bild über den Freistaat zählen ebenso die Standortbedingungen ein: die Industriestärke, die Konzentration an Wissenschaft, an reicher Kultur, an Traditionen, die vielgestaltigen Landschaften und nicht zuletzt die Leistungsfähigkeit des Freistaates.

Für den Freistaat ist es unerlässlich, seinen typischen unverwechselbaren **Charakter als Markenpersönlichkeit prägnant herauszuarbeiten, darauf den gesamten Markenauftritt kontinuierlich auszurichten und mit Qualitätskompetenzen zu verbinden**. Die „Marke Sachsen“ ist dann erfolgreich, wenn die Zielgruppen den Freistaat anhand von Eigenschaften positiv identifizieren. Die Forderung nach einer Markenstrategie ist deshalb so **wichtig, weil das positive Gesamtbild für wachsende Wettbewerbsvorteile sorgt. Je länger sich eine Marke durchsetzt, desto stärker und krisenfester wird sie.**

Sachsen hat sich in den letzten 20 Jahren eine hervorragende Visitenkarte erarbeitet. Mit sehr viel Stolz dürfen wir darauf blicken, was jeder von uns und wir gemeinsam für unsere Heimat erreicht haben. Mit einer **intelligenten Markenstrategie** lässt sich mit unseren Qualitäten und Alleinstellungsmerkmalen weit mehr wuchern. Die psychologische Wirkung einer Sachsen-Marke ist außerordentlich groß.

Der Wirtschaftsrat schlägt vor, den Freistaat im Sinne eines Slogans mit **drei wesentlichen Qualitäten** zu beschreiben: **Innovation, Industrie, Individualität**. Innovation steht für eine moderne aufstrebende Gesellschaft, die ständig neue Ideen produziert. Echte Wertschöpfung, das ist das Markenzeichen der Industrie. Ein hoher Industrieanteil hat Sachsen stark und bekannt gemacht und ist auch für die erfolgreiche Zukunft Sachsens unverzichtbar. Der Begriff Individualität fasst typisch sächsische Eigenschaften zusammen: wie einen freien Geist, Erfindungsreichtum, positiven Eigensinn, Unabhängigkeit, Verlässlichkeit oder Vigilanz.

Politik am Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft orientieren

Rund 99 Prozent aller Unternehmen in Sachsen sind Mittelständler in der Industrie, im Handwerk, im Dienstleistungsbereich oder Freiberufler. Ohne die visionären Unternehmerinnen und Unternehmer, die mit außerordentlichem persönlichen Einsatz von ihrer Aufgabe begeistert, unermüdlich tätig sind und ihre Betriebe erfolgreich führen, wäre der wirtschaftliche Aufschwung in Sachsen nicht möglich geworden. Ihr Engagement in 25 Jahren seit der politischen Wende verdient **öffentliche politische Anerkennung und Wertschätzung**. Mit innovativen Produkten, Dienstleistungen oder Verfahren setzt sich der sächsische Mittelstand inzwischen nicht nur national, sondern auch international erfolgreich durch.

Mittelständische Unternehmen in Sachsen haben inzwischen ihre Potenziale ausgebaut, um sich in Zukunft zu Konzernen entwickeln zu können. Sie bilden bereits heute innovative Kernzentren, die weiteren Unternehmen mit spezieller Fachkompetenz helfen, sich anzusiedeln. Die begrenzten sächsischen Förder- und Finanzierungsprogramme sind darauf auszurichten, den gewachsenen Bestand an Unternehmen zu erhalten, zu stärken und weiter auszubauen. Die „**Kleinen**“ **groß zu machen, ist die Maxime**. Denn Konzernzentralen aus Unternehmen vor Ort entstehen nur aus stetem, gesundem Wachstum aufgrund ausgeprägter Innovationstätigkeit.

Die künftige Wirtschaftspolitik muss **mit gezielter Rahmensetzung der noch kleinteiligen sächsischen Wirtschaft zum innovativen Unternehmenswachstum verhelfen. Dazu gehört, die Institution Wirtschaftsförderung strategisch neu aufzustellen und ihre koordinierende Funktion auszubauen**. Die Wirtschaftsförderung muss die erste Adresse für Unternehmen sein, die vielfältigen wirtschaftlichen Aktivitäten in Sachsen bündeln, Interessen strukturieren und Entwicklungen managen. Zu verstehen ist dies als **aktive Wirtschaftspolitik**.

Eine Vielzahl dieser Unternehmen wird in Kürze an die nächste Generation übertragen. Junge Menschen mit Unternehmergeist sind genauso nötig wie besonders leistungsfähige Mitarbeiter mit Berufs- und Lebenserfahrungen, die bereit sind, unternehmerische Risiken einzugehen und ihr Engagement am nachhaltigen Wirtschaften zu orientieren. Der Freistaat muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, den **steuerlichen, finanziellen, rechtlichen und administrativen Rahmen so auszugestalten, dass der Mittelstand die Unternehmensnachfolgen zukunftsorientiert sicherstellen kann**.

Prädestiniert für die Nachfolge sind in der Regel Familienangehörige oder Führungskräfte aus den Unternehmen, für die sich die Eigenkapitalvorgaben aus BASEL III allerdings als problematisch und hinderlich erweisen. Um den Fortbestand der Unternehmen zu sichern, sind **Bürgschaften und Beteiligungen zur Eigenkapitalerhöhung auszubauen**. Auch **Fusionen unter sächsischen Unternehmen**, sind verstärkt in Betracht zu ziehen.

Im starken Export liegt Deutschlands Stärke. Die sächsische Exportquote erreicht mit derzeit 37 Prozent noch einen bundesweit unterdurchschnittlichen Wert, womit die Entwicklungspotenziale aufgezeigt sind. Wirtschaftsförderung muss deshalb verstärkt den sächsischen Mittelstand unter-

stützen, um für diesen ausländische Märkte zu erschließen. Die Instrumente zur Außenwirtschaftsförderung müssen nachfrageorientiert und krisenfest ausgerichtet werden.

Im Wettbewerb der Regionen muss sich Sachsen dem Ziel stellen, **in Kürze ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz für schnelles Internet aufzubauen und dabei modernste Breitbandtechnik anzuwenden**. Die hochleistungsfähige Breitbandverbindung ist essentiell für Unternehmen. Regionen ohne diese Versorgung verlieren schnell an Attraktivität. Der Freistaat muss daher **kurzfristig eine koordinierte Breitbandstrategie vorantreiben und umsetzen**, die Kommunen unbürokratische Handlungsfähigkeit ermöglicht.

Den Unternehmen in Sachsen dürfen keine weiteren Belastungen wie Steuererhöhungen oder steigende Abgaben aufgebürdet werden, die den Faktor Arbeit weiter verteuern und die sächsische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb benachteiligen. Die beschlossenen Maßnahmen der Großen Koalition (u.a. Rentenpläne, Anhebung des Beitragsatzes zur Pflegeversicherung) verursachen bereits beachtliche Kostensteigerungen.



Industriestandort Sachsen als Garant für Wachstum ausbauen

Sachsen ist ein wachsender und an Bedeutung zunehmender Industriestandort. Auf Platz 10 im internationalen Ranking gehört der Freistaat laut Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zu den weltweit führenden Industrieregionen. **Industrie und industriennahe Dienstleistungen bilden den produktiven und innovativen Kern der Wirtschaft**, der als **Wachstumstreiber** nachhaltigen Wohlstand schafft. Das betrifft alle Industriebranchen. Weltweit ist ein Prozess der De-Industrialisierung zu beobachten, Sachsen stellt sich diesem Trend entgegen. Keinem anderen Land ist es gelungen, den Industrieanteil so stark zu steigern wie Sachsen. Dieses Ergebnis beruht auch auf bewussten wirtschaftspolitischen Entscheidungen für entsprechende Investitionsprogramme, die sich heute umso mehr als richtig erweisen.

Industriepolitik ist eine **Querschnittsaufgabe**, die ebenso die Politikbereiche:

- Forschung und Entwicklung
- Bildung (von frühkindlicher Bildung bis zur Aus- und Weiterbildung)
- Infrastruktur im weitesten Sinne einschließt.

Die nächsten Herausforderungen für den industriellen Mittelstand in Sachsen bestehen insbesondere darin, Innovationskraft und internationale Wettbewerbsfähigkeit auszubauen. Das kann gemeinsam gelingen, indem wir **Forschung und die sächsische Wirtschaft engmaschig vernetzen**. Das bedeutet, eine **hochleistungsfähige Informations- und Kommunikationsinfrastruktur aufzubauen und Rahmenbedingungen für durchgängige Wertschöpfungsprozesse** in Sachsen attraktiv auszugestalten. Da die Industrie mit 70 Prozent zum Großteil im ländlichen Raum angesiedelt ist und dort Fachkräfte bindet, stellt die **Gestaltung ländlicher Räume** eine wichtige Basis dar. Der Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandnetzes in die ländlichen Räume ist vordringlich.

Der Bedarf an Ausdehnungsmöglichkeiten durch wachsende Industrieansiedlungen in Großstädten wie Chemnitz, Dresden oder Leipzig macht es erforderlich, brachliegende **Gewerbeflächen zu sanieren und neu zu bewirtschaften**. Zum anderen bestehen Entwicklungschancen für Kommunen außerhalb der Ballungszentren für die Ansiedlung von Unternehmen.

Die Instrumente der **Wirtschaftsförderung** sind im Interesse eines prosperierenden Industriestandortes Sachsen darauf auszurichten, Nährboden für **innovative Wertschöpfung der heimischen Unternehmen in möglichst durchgängigen Wertschöpfungsketten** zu bereiten.

Innovationsförderung und Innovationstransfer

Sachsen gehört heute wieder zu den innovativsten Regionen Europas. Die Förderung von Forschung und Entwicklung durch Bund und Land über Jahre hinweg trägt Früchte. Allerdings sind im globalen Maßstab weitere deutliche Fortschritte erforderlich. Sachsen verfügt mit einer **ausgeprägten Forschungs- und Entwicklungslandschaft über wichtige Ideenschmieden**. **Deren Innovationen in sächsische Wertschöpfung zu transferieren, darin besteht die aktuelle Aufgabe**. Wohlstand entsteht nicht durch verlängerte Werkbänke, sondern vor allem durch Know-how-intensive Unternehmen. Für die Unterstützung des notwendigen Wachstumsprozesses sind Innovationen ganz entscheidend.

Mit gezielten Anreizen zur Innovationsförderung und Vorrang für den sächsischen Mittelstand müssen wir den Transfer in marktreife Produkte, Dienstleistungen oder Verfahren forcieren. Als **neues Förderkriterium** ist die **„Wertschöpfung im sächsischen Mittelstand“** einzuführen.

Unser Ziel ist es, Sachsen zum Innovationsland zu entwickeln. Noch zu häufig agieren Wissenschaft und Wirtschaft nebeneinander, zum Teil auch ohne sich zu kennen, anstatt branchenbezogen und branchenübergreifend miteinander zu kooperieren. Wir fordern deshalb eine sächsische **Innovationsplattform**, auf der Forschungseinrichtungen (Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsinstitute und Industrieforschungseinrichtungen) ihre neuesten Technologien präsentieren und mittelständischen Unternehmen zur Anwendung anbieten. Diese Plattform soll zum **regelmäßigen Treffpunkt der Innovatoren aus Wissenschaft und mittelständischer sächsischer Wirtschaft** werden, bei dem über die Vermarktung und Evaluierung der Forschungsergebnisse kommuniziert und diskutiert wird. Auf diese Weise werden einzelne Kontakte zu Netzwerken verknüpft und Kooperationen zu sächsischer Wertschöpfung entwickelt. Für die Innovationsplattform eine vorhandene Struktur – **ggf. unter dem Dach der Wirtschaftsförderung** – zu nutzen, ist kostengünstiger und schneller realisierbar und vermeidet unnötige Schnittstellen. Es muss eine Lösung geschaffen werden, die den handelnden Akteuren Anreize setzt, anstatt eine Institution handeln zu lassen, die die vielfältige Lebenswirklichkeit nicht abzudecken vermag. An der konkreten Umsetzung wirkt der Wirtschaftsrat gern konzeptionell und praktisch mit.

Bereits jetzt etablieren sich **„Innovationsdienstleister“**, die das Zusammenwirken zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen koordinieren und die Forschungsergebnisse auf Anwendbarkeit prüfen, ausrichten und effektiv in Wertschöpfung überführen. **Für derartige Dienstleistungen ist in nächster Zeit ein sprunghafter Bedarf zu erwarten**. Die entsprechenden Förderprogramme müssen auf diese neuen Entwicklungen reagieren.

Der **Innovationstransfer muss gezielte Anreize erhalten**. Um sowohl den gleichberechtigten Zugang als auch die auf die wirtschaftspolitischen Herausforderungen ausgerichtete institutionelle Technologieförderung zu gewährleisten, muss der Freistaat die neue Strukturförderperiode dahingehend nutzen, die **Investitionsförderung für FuE-Einrichtungen an Vorgaben für eine Transferarbeit in regionale, mittelständische Betriebe zu knüpfen**. Vorstellbar ist: Die sächsischen Technologiemer werden beim Erwerb neuer Technologien unterstützt. Ein flexibel nutzbares Bonussystem honoriert den sächsischen Technologiegeber, wenn es ihm gelingt, seine Innovation in der sächsischen Wirt-



schaft nutzbar zu machen. Die Wirksamkeit des Technologietransfers ist in einem **ergebnisorientierten Controlling** zu analysieren, zu dokumentieren, nachzuweisen und bei Bedarf anzupassen.

Darüber hinaus sollen **forschungs- und industriegetriebene Inkubatoren** im Umfeld der Universitäten und Hochschulen, gesteuert durch die sächsische Wirtschaft, entstehen. **Verbundforschungsprojekte müssen absoluten Vorrang** haben, weil die entscheidenden Partner aus dem wertschöpfenden Mittelstand als Innovationstreiber agieren. Kriterien für Innovationsförderung müssen Nachhaltigkeit und Wertschöpfung in Sachsen werden.

Da der Mittelstand im Freistaat aus Unternehmen mit einer Größe von 10 bis 250 Mitarbeitern besteht, fehlt ihm rein strukturmäßig eine eigene starke Forschung. Diese Funktion hat im Verlauf der letzten Jahre insbesondere die externe Industrieforschung übernommen. In Sachsen stehen dafür **22 außeruniversitäre Industrieforschungseinrichtungen (IFE)** mit ca. 1050 Mitarbeitern mit einem technologischen Leistungsspektrum entsprechend der Breite der sächsischen Industrie zur Verfügung. Diese Industrieforschungseinrichtungen leisten entlang der Wertschöpfungskette – von Verbundprojekten über Auftragsforschung bis hin zu technischen Dienstleistungen – bezogen auf ihre Forschungsausgaben einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Innovationskraft der sächsischen Wirtschaft. Gerade aus der Zusammenarbeit der IFE mit den Unternehmen resultiert ein anwendungsbezogener wissenschaftlicher Output, der von unmittelbarem Wert für die Unternehmen ist. **Die Unternehmen fordern daher, besonders die Leistungsfähigkeit der IFE mit gezielter Förderung zu unterstützen.** Erfolgreiche Instrumente wie Innovationsgutscheine, die Förderung von Innovations-Assistenten, die FuE-Verbundprojektförderung und die einzelbetriebliche FuE-Projektförderung müssen mit einer ebenso effektiven Investitionsförderung zur Erhaltung und zum Ausbau der Infrastruktur dieser Forschungseinrichtungen ergänzt werden. Analog den Bundesprogrammen ZIM und InnoKom, sind in sächsischen Technologieförderprogrammen eigene Titel für die IFE zu planen.

Mit dem „Sachsen-Technologiefonds“ sollen Ausgründungen aus Wissenschaftseinrichtungen gefördert werden. In gleichem Maße sollen Gründer aus der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, Unterstützung erfahren. Es ist eine innovationsorientierte Gründerwelle zu initiieren. Technologie-Zentren spielen dabei eine wichtige Rolle.

Auf die Bedeutung einer leistungsfähigen Förderbank, der SAB, wird verwiesen (siehe Kapitel „Verwaltung als professioneller Dienstleister“).

Exzellente Bildung als notwendige Bedingung für Wirtschaftsentwicklung

Die sächsische Bildungspolitik zeigt Erfolge und ist eine gute Basis für die weitere Entwicklung im Freistaat. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern ist der gymnasiale Abschluss nach acht Jahren (G8) gelungene Praxis. Bildungspolitik ist **kein Experimentierfeld für kurzfristige Versuche**. Die bisherige Kontinuität, die ggf. als innovationsunfreudig missverstanden werden kann, hat zu beachtlichen Bildungserfolgen Sachsens geführt, die sich im Bundesvergleich und auch in Europa sehen lassen können.

Der Wirtschaftsrat unterstützt die sächsische **Mittel- bzw. Oberschule als Regelschule**. Diese Schulart bildet für die Wirtschaft den gut qualifizierten Facharbeiter-Nachwuchs heran. An ihrem erfolgreichen Ruf muss aus Prestige Gründen für Schüler und Absolventen weiter gearbeitet werden.

Bei der Absicherung des erreichten hohen Bildungsniveaus steht Sachsen demnach vor großen **Herausforderungen, die jedoch bei Anerkenntnis der hohen Wertigkeit von Bildung für die weitere Entwicklung des Freistaats im Dialog mit allen Beteiligten zu lösen sind**. Die größte Herausforderung besteht im Management des Altersübergangs und der finanziellen Absicherung einer langfristigen Personalpolitik. Teilnehmer des politischen Prozesses sollten neben der verantwortlichen Staatsministerin, den Abteilungsleitern des Ministeriums, Vertretern der staatlichen und der freien Schulen sowie der sächsischen Universitäten sein.

Folgende Veränderungen im bestehenden sächsischen Bildungssystem sind dabei für eine zukunftsfähige Ausrichtung notwendig:

Lehrpläne

Die bestehenden Lehrpläne, die die Vermittlung von Kompetenzen, Methoden und anwendungsbereitem Wissen in den Mittelpunkt stellen, sind noch nicht durchgehend Praxis. Vielfach wird zu sehr in den Schulen auf Fakten und Inhalten beharrt, die sich einer Vermittlung in einer sich ständig differenzierenden Welt mehr und mehr entziehen. Danach beklagen sowohl Lehrer als auch Universitäten und Unternehmen, dass das Bildungsniveau sinke, da die Schüler nicht das von ihnen benötigte Fachwissen aufweisen würden. **Schulische Bildung kann und muss noch mehr auf den Erwerb von Fähigkeiten und Fertigkeiten zur selbstständigen Erschließung fokussieren, Lernkompetenz vermitteln, Kommunikation schulen und Werte vorleben**, damit auf der Basis dessen die Absolventen in den unterschiedlichsten Branchen und Arbeitsfeldern das jeweils spezifische Wissen und Können selbst zu erwerben in der Lage sind. Im Kern geht es darum, **essentielle Lerninhalte zu konzentrieren, das Grundwissen der Schüler sowie methodische Kernkompetenzen anwendungsbereit und praxisbezogen zu festigen**.

Im Prozess der Bildung interessierter junger Menschen mit offenem Blick für Deutschland und die Welt sollte bei einer anstehenden weiteren Überarbeitung der Lehrpläne deshalb noch mehr **auf Bildungsangebote aus dem Bereich der Vermittlung von übergreifenden Kompetenzen und**

Methoden orientiert, die detaillierten Inhalte jedoch radikal entlastet werden, um die sächsischen Schülerinnen und Schüler auch gegenüber anderen Absolventen aus dem Bundesgebiet nicht zu benachteiligen.

Exzellenz

Durch den zeitweiligen Versuch, Teile ostdeutscher Bildungspraktiken in das heutige Bildungssystem zu übertragen (Abwahlverbot von bestimmten Fächern in der Sekundarstufe II), wird u.a. das Pflichtpensum der Schüler im bundesdeutschen Vergleich enorm erhöht und das Angebot von Leistungskursen in manchen sinnvollen Fächern (z.B. Biologie) eingeschränkt. Damit wird den Schülern in diesen unter Umständen universitätsrelevanten Fächern die Möglichkeit einer vertieften Bildung genommen. Dieser Trend ist bezüglich Exzellenz zu überdenken, wobei Abwahlmöglichkeiten mit größter Vorsicht und unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Erfordernisse vorzunehmen wären. In diesem Zusammenhang lehnt es der Wirtschaftsrat ab, die Kriterien für den Zugang zum Gymnasium nach unten zu korrigieren.

Schulen und besonders Gymnasien sollten ermutigt werden, dem Exzellenzgedanken ihrer Bildungsprogramme öffentlich wirksamer zu folgen. Diesbezüglich ist es notwendig, transparente Parameter für einen Vergleich von Schulen gleicher Stufe (Oberschulen, Gymnasien) zu entwickeln und damit einen Bildungswettbewerb zu initiieren. Da die vergleichenden Parameter in Bezug auf Erziehung und Bildung eher weich sind, ist eine rein ökonomische Bewertung schwierig – hier sollte für die bessere öffentliche Vergleichbarkeit der Schulen ein System zur Darstellung dieser weichen Faktoren durch die Schulen selbst geschaffen und gleichzeitig dazu die öffentliche (politische) Wertschätzung dieser außerunterrichtlichen Wirksamkeit erhöht werden. Im gleichen Zug muss den staatlichen Schulen ein größerer Gestaltungsspielraum in Bezug auf die Wahl der Lehrer, der Fächerkombinationen und der anzubietenden außerschulischen Aktivitäten gegeben und weitere leistungsabhängige Zusatzkomponenten in der Vergütung der Lehrkräfte ermöglicht werden.

Überalterung

Die sächsische Lehrerschaft überaltert. Über kurz oder lang wird der Mangel verfügbarer Lehrer und Fächerkombinationen deutlich spürbar. In den letzten 15 Jahren sind kaum Lehrer aus sächsischen Hoch- und Fachschulen im System eingestellt, vielmehr in andere Bundesländer „entlassen“ worden. Für die derzeit benötigten Lehrkräfte stellen die Hochschulen kein ausreichend großes Angebot an leistungsfähigen Absolventen zur Verfügung. Aus diesen Gründen ist die Politik aufgefordert, wirksame Gegenmaßnahmen zu intensivieren.

Lehrerpersönlichkeiten

Die Hattie-Studie zur „Effektivität von Unterricht und Lernen“ bestätigt, dass es weder die finanzielle Ausstattung des Bildungssystems noch die Höhe des Klassenteilers sind, die den nachhaltigen Erfolg der Bildung bestimmen. Es sind die verfolgten Konzepte und die Ausprägung der Lehrerpersönlichkeiten, die den Unterschied ausmachen. Die sächsische Politik muss sich daher durch ein öffentliches

Bekenntnis zur Wertigkeit der in ihrem Verantwortungsbereich stehenden Träger der sächsischen Bildung bekennen, die Lehrerfortbildung profilieren und für eine bessere Entfaltung der Lehrerpersönlichkeiten stehen.

Allerdings fordert der Wirtschaftsrat von Lehrern, sich wieder der Wirtschaft, den wirtschaftlichen Zusammenhängen und regionalen Wirtschaftskreisläufen zu öffnen – und zwar im Interesse der Schüler und deren Entwicklung. Denn Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft in Sachsen dienen dem Ziel, jungen Menschen den besten Start ins Berufsleben zu ermöglichen, sie frühzeitig auf die beruflichen Herausforderungen vorzubereiten und ihnen Orientierung zu geben. Die Unternehmen aus der Region bieten dazu als Partner ihre Fachkenntnis und Erfahrung an.

Freie Schule

Ein funktionierendes Schulsystem braucht wirtschaftsorientierte Sonderformen, um sich zu entwickeln. Freie Schulen übernehmen den Bildungsauftrag des Freistaats. Die sächsische Bildung holt sich aus diesem Kreis zunehmend Expertise und übernimmt dort erfolgreich praktizierte Unterrichtsformen, wie z.B. besondere Studentafeln (vgl. Absatz Wettbewerb). Aus diesen Gründen brauchen freie Schulen in Sachsen, die sich der Heranbildung qualifizierter Fachkräfte widmen, mehr politische Anerkennung und eine finanzielle Gleichstellung zu staatlichen Schulen. Die bestehende Ungleichbehandlung führt zu einer schwierigeren finanziellen Situation.

Gestaltungsfreiheiten für Schulen

Gestaltungsmöglichkeiten sächsischer Schulen sind durch ein Reglement staatlicher Vorgaben wesentlich beschränkt. Für eine moderne Schule, die die heutigen Anforderungen der Schüler wie Lehrer sowie der Wirtschaft erfüllen muss, ist dieses System der Fremdbestimmung kontraproduktiv. Es hat dazu geführt, dass Gestaltungsfähigkeit und -wille kaum mehr vorhanden sind. Aus der Bildungsagentur sind daher Aufgaben an die Schulleitungen zu delegieren, die effektiver und effizienter vor Ort zu leisten sind. Als Beispiele sind die Bewirtschaftung eines eigenen Verwaltungsbudgets oder die Kooperationen mit Unternehmen zur Berufs- und Studienorientierung anzuführen. Die Schulleitungen müssen Mitsprache in Personalangelegenheiten erhalten. Neue Freiheiten innerhalb eines sinnvoll gesetzten Rahmens werden auch zu motivierenden, attraktiveren Arbeitsbedingungen für die Lehrer führen.

Wettbewerb

Der „Wettbewerb als dezentraler Suchprozess“ um die besten Lösungen hat auch in der Bildungsarbeit seine Berechtigung. Vorgaben von oben nach unten werden der vielfältigen Praxis nicht gerecht. Eine Variante muss nicht auf andere zutreffen. Was zählt, sind Bildungsqualität und Bildungsergebnisse der Schulen insgesamt und im Vergleich zueinander in einem transparenten Verfahren. Ein gesunder Wettbewerb auch unter staatlichen Institutionen entfaltet Triebkräfte und fördert Lösungen zutage, die das sächsische Bildungssystem zur Weiterentwicklung benötigt. Sachsen erreicht zwar national den Spitzenplatz, weltweit mit Deutschland jedoch nur das Mittelfeld unter wesentlichen wirtschaftlichen Konkurrenten.



Schulnetzplanung

Bei der Schulnetzplanung ist der ländliche Raum angesichts seiner Bedeutung für die Wirtschaft zu beachten. Dazu gehört, die Infrastruktur des Bildungssystems zu erhalten und ausgewogen zu entwickeln.

Berufsorientierung

Schülern allgemeinbildend, vorbereitend und Werte vermittelnd Berufsorientierung zu geben, muss in Schulen an Bedeutung gewinnen. Das zielt insbesondere auf Jugendliche, die angesichts von Defiziten im Elternhaus Unterstützung dringend benötigen. Leuchttürme für dieses außerordentliche Engagement an Schulen sind über Sachsen noch ungleich verteilt. Im Interesse einer flächendeckenden Berufsorientierung ist deshalb zu fordern, Erfahrungen zwischen den Schulen zu kommunizieren. Berufsorientierung muss sich dabei auf spezielle regionale Wirtschaftsschwerpunkte konzentrieren. Es empfiehlt sich, Lehrer mit besonderer Neigung als „Berufsorientierungslehrer“ oder „Praxisberater“ im Sinne eines koordinierenden Ansprechpartners einzusetzen. Dazu sind allerdings bürokratische Hürden abzubauen. Mittelfristig sichert diese sinnvolle staatliche „Investition“ Fachkräfte und reduziert zugleich Kosten für die Sozialhilfesysteme.

Die Praxis bestätigt, dass Schüler inzwischen mehrere Ausbildungsverträge zugleich unterschreiben. Die Planbarkeit der Ausbildung in den Unternehmen wird damit eingeschränkt und interessierten Schülern der Zugang zum Ausbildungsplatz erschwert. Dem muss durch angemessene Maßnahmen wirksam entgegengewirkt werden.

5-Punkte-Programm zur Fachkräftesicherung

Sachsen ist attraktiv geworden, nicht nur wegen der modernen Infrastruktur, sondern vor allem aufgrund des Aufwärtstrends der sächsischen Wirtschaft. Viele, die Sachsen aus Arbeitsgründen verlassen haben, zieht es aus Verbundenheit und familiären Wurzeln in ihre Heimat zurück. Innovative Tätigkeitsfelder, Aufstiegsmöglichkeiten oder ein breiteres, familienfreundliches Arbeitsangebot sind gute Gründe, Pendler oder Abgewanderte zurück zu gewinnen. Aber der zunehmende Fachkräftemangel bedroht auch in Sachsen die wirtschaftliche Entwicklung.

5-Punkte-Programm „Fachkräfte“

Die auf der im Folgenden dargestellten Analyse/ Diagnose aufbauenden Strategien und Maßnahmen sollen dazu beitragen, dem Problem sowohl in Sachsen als auch bundesweit wirksamer als bisher zu begegnen.

1. Demographie

Weit weniger junge Fachkräfte treten in den Arbeitsmarkt ein als Ältere ausscheiden. Gleichzeitig gibt es unter – wie auch immer diese definiert sind – „älteren“ Fachkräften unnötig hohe Arbeitslosigkeit.

- Die beschlossene Rente mit 63 Jahren sowie darüber hinaus Diskussionen über den teilweisen Ausstieg aus dem Rentenalter mit 67 Jahren sind kontraproduktiv und verschärfen den Fachkräftemangel. Sinnvoll sind stattdessen vorübergehende, über die Normalität hinausgehende Anreize für die Beschäftigung „Älterer“, welche nicht nur das Fachkräfteproblem reduzieren, sondern auch die Kosten für Arbeitslosigkeit senken können. Die bisherigen Bemühungen der Bundesanstalt für Arbeit reichen nicht aus.

2. Qualifikation, Schul- und Studienabbrecher, Mindestlohn

Selbst in Sachsen bleibt die Zahl der Schulabbrecher trotz sinkender Schülerzahlen konstant (>10%). Die Konzepte zu Gegenmaßnahmen greifen erst dann, wenn diese Schulabbrecher erwachsen sind und damit viel zu spät.

Ebenso ist die Zahl der Studienabbrecher sehr hoch (23 Prozent der Studenten brechen ihr Diplomstudium ab, 28 Prozent ihr Bachelorstudium. Letzteres ist vor allem ein Problem an Universitäten: Dort brechen 35 Prozent der Studenten ihr Studium ab, an Fachhochschulen sind es nur 19 Prozent). Obwohl diese Personen auf anderen Gebieten häufig über Fähigkeiten und hohe Motivation verfügen, gibt es für sie kaum Perspektiven.

Alle Parteien beschäftigen sich intensiv mit der Frage, welche finanzielle Unterstützung der Gruppe der Geringqualifizierten entweder über direkte staatliche Leistungen oder durch staatlich vorgegebene Regelungen zu Mindestlöhnen zur Verfügung zu stellen ist.

1. Grundsätzlich sind primär die **Ursachen der Fehlentwicklungen zu bekämpfen**. Die gepflegte Anspruchshaltung gegenüber dem Staat (im Ergebnis natürlich gegenüber seinen Bürgern) muss zugunsten einer **deutlich stärkeren Leistungsorientierung** bereits ab der Schule zurückgefahren werden. Als Resultat wird Deutschland statt Abbrechern mehr benötigte Fachkräfte haben. Andere Länder, insbesondere in Asien, haben hier eine wichtige Vorbildfunktion für das rohstoffarme Deutschland. Auch unter dem Aspekt der Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt darf die Bedeutung dieses Aspekts nicht vernachlässigt werden.
2. Für die bereits vorhandenen Schulabbrecher sind **die Programme zur „späten Lehrausbildung“ verstärkt zu bewerben**. Hierfür kann auch vorübergehende finanzielle Unterstützung gewährt werden, um langfristig notwendige staatliche Leistungen zu vermeiden.
3. Über ein **System zur Erfassung und Betreuung von Studienabbrechern** soll diesem Personenkreis z. B. im Rahmen einer Berufsausbildung eine Chance gegeben werden. Die Bundesagentur für Arbeit kann hier eine wichtige koordinierende und ggf. finanzierende Rolle spielen, bei Bedarf auch unterstützt durch die Career Center der Hochschulen.
4. **Staatliche Unterstützung soll nur zeitlich beschränkt erfolgen und strikt das Ziel einer Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt und nur in nachgefragten Tätigkeitsfeldern des ersten Arbeitsmarktes verfolgen**. Von international erfolgreichen Modellen wie der Wisconsin Welfare Reform soll gelernt werden.
5. Ein flächendeckender Mindestlohn kann nicht das Ziel in Sachsen sein. **Stattdessen sind Maßnahmen zur Qualifizierung zu verfolgen**. Die Einkommen von Fachkräften liegen weit oberhalb der Mindestlöhne.

3. Bildungspolitik und Marktorientierung

Ausbildung erfolgt zum Teil „am Markt vorbei“. Während auf zahlreichen volkswirtschaftlich wichtigen Gebieten ein großer Fachkräftemangel besteht, wird auf anderen Gebieten direkt in die Arbeitslosigkeit hineinstudiert.

- Hochschulen sollen zukünftig **fakultäts- bzw. institutsbezogen den Anteil ihrer Absolventen erfassen, die unmittelbar nach Studienabschluss eine Stelle antreten**. Die Ergebnisse sollen **bei der Zuweisung von Haushalts- und Fördermitteln sowie bei der strategischen Ausrichtung der Hochschulen eine wesentliche Rolle spielen** und so dazu beitragen, die Zahl der am Markt stark nachgefragten Fachkräfte zu steigern.
- Beginnend bei den Hochschulen soll dieses **Modell schrittweise auf alle Ausbildungsbereiche ausgedehnt** werden.
- Studiengänge in Fachrichtungen mit hoher Arbeitslosigkeit sollen mit hohen Studiengebühren belegt werden. Nur den Besten soll die Studiengebühr erlassen werden. Ein Studium soll nur dann gefördert werden, wenn eine gute Chance besteht, dass Absolventen über ihre zukünftigen Einkommensteuern ihre Studienkosten deutlich überfinanzieren.
- Bereits im Vorfeld soll den Schülern an ihren Schulen eine **marktorientierte Berufsberatung** geboten werden.
- Die Berufsakademien sind wichtige Partner der Wirtschaft in der Ausbildung gefragter Fachkräfte. Die Deckelung der **Berufsakademien hinsichtlich der Zahl der Studienplätze sowie der finanziellen Ausstattung muss daher entsprechend dem Bedarf der Unternehmen angepasst werden**.

4. Einwanderung

Versuche zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland bleiben regelmäßig wenig erfolgreich. Aus durchgängig erfolgreichen Beispielen der Integration und Qualifikation von Immigranten lernt die deutsche Politik nicht, sie ignoriert sie weitestgehend.

- **Einwanderung nach Deutschland muss strikt an den Chancen für eine gelungene Integration ausgerichtet werden**. Statistisch erwiesene **Qualifikationsfähigkeit sowie bereits vorhandene Qualifikation sind Schlüsselkriterien**. Ausgaben für diese Immigrantengruppen sind gute Investitionen in die Zukunft unseres Landes.
- Das **Beispiel** der meist **ausgezeichnet integrierten, beruflich erfolgreichen Vietnamesen**, deren Kinder eine höhere Abiturquote als deutsche Kinder haben, soll eine wichtige Grundlage für eine neue Einwanderungspolitik bilden.
- Von staatlicher Seite sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sicherstellen, dass Auszubildende und Studenten, die nach Deutschland kommen, vorzugsweise hier bleiben. Im Fall einer Rückkehr ins Heimatland sollte eine staatliche Beteiligung an der „Fehlinvestition“ des Unternehmens erwogen werden.

5. Speziell sächsische Herausforderungen

Sachsen hat eine andere Unternehmensstruktur als die westlichen Bundesländer. Konzernzentralen fehlen, die meisten Firmen sind „verlängerte Werkbänke“. Damit fehlen auch bestimmte Positionen, so dass für qualifizierte Arbeitnehmer oft nur eingeschränkte Tätigkeitsfelder verfügbar sind. Die Vorteile Sachsens – z. B. vergleichsweise niedrige Lebenshaltungskosten – werden zu wenig vermarktet.

- Sachsen muss durch Rahmenbedingungen den Anreiz schaffen, die **Zentralen international tätiger Konzerne nach Sachsen zu holen**. Damit wird Sachsen für Hochqualifizierte sehr interessant.
- Sachsen muss **besser als bisher über seine – nicht nur finanziellen und wirtschaftlichen – Vorteile im Vergleich zu anderen Bundesländern aufklären**. Das Land wird dadurch für Einheimische so interessant, dass weniger Bürger in westliche Bundesländer gehen werden bzw. dass sie verstärkt zurückkehren.

Das **duale Ausbildungssystem** ist Garant für eine erfolgreiche Erstausbildung, die sich in der beruflichen Praxis **anwendungsorientiert bewährt** hat.

Der **Quereinstieg in Berufe**, die in der sächsischen Wirtschaft benötigt werden, soll **in den Mittelpunkt der Ausbildung rücken**. Aus Facharbeiter- und Berufen mit mittlerer Laufbahn soll der weiterbildende Aufstieg bis zum Studium ermöglicht werden.

- **Voraussetzung für entsprechende Programme ist eine fundierte regionale Bedarfsanalyse mit der sächsischen Wirtschaft, welche Berufe mittel- bis langfristig in Sachsen benötigt werden und welche Bildungsinhalte vermittelt werden müssen**.

Risikofaktor für die Wirtschaft: Energiepolitik

Mit exorbitanten Aufschlägen auf den ursprünglichen Strompreis subventionieren Privatkunden und Wirtschaft die Branche der „erneuerbaren“ Energien. Über Jahre hat das EEG nahezu unbremste Importe aus asiatischen Ländern verursacht und damit die Kostenspirale angetrieben. Der Verbraucherpreis hat inzwischen eine Dimension erreicht, die die sächsische Wirtschaft von internationaler Wettbewerbsfähigkeit abschneidet. Die Gefahr, dass Teile von Wertschöpfungsketten wegen zu hoher Energiekosten oder unsicherer Rahmenbedingungen ins Ausland abwandern, ist Realität geworden. Unternehmen planen neue Investitionen bereits in anderen Ländern. **Die Subventionspolitik muss dringend gestoppt und die Stromkosten reduziert werden**, ansonsten verliert Sachsen in der Industrie seinen wirtschaftlichen Stabilitätsanker.

Umgelegte Stromkosten verteuern darüber hinaus Produkte und Dienstleistungen in Sachsen und dämpfen empfindlich den angelaufenen Motor der Binnenkonjunktur. Letztlich fallen diese Entwicklungen auf den Freistaat zurück – über rückläufige Steuereinnahmen und damit geringere Investitionsmittel. Für Kommunen und staatliche Institutionen stellen die hohen Stromkosten ein ebenso erdrückendes Haushaltsproblem dar. **Der Wirtschaftsrat fordert deshalb die sächsische Landesregierung sowie die Parlamentarier in Bund und Land nachdrücklich auf, ihren Einfluss geltend zu machen und die Energiepolitik auf marktwirtschaftlicher Basis auszugestalten.**

Konkret geht es unter anderem um:

- das vollständige Auslaufen der Förderung für erneuerbare Energieträger spätestens bei einem Anteil von 35 Prozent am deutschen Stromverbrauch
- die Einführung der verpflichtenden Direktvermarktung mit fixer Marktprämie für alle Neuanlagen ab 2015
- das Umsetzen spezifischer Lösungen und verlässlicher Rahmenbedingungen für energieintensive Wirtschaftszweige zur Erhaltung des Industriestandortes Sachsen
- das Synchronisieren des Zubaus erneuerbarer Energieträger mit dem Ausbau der Stromnetze
- das Verhindern von Subventionen beim Stromnetzausbau zu Lasten des Freistaates
- die Beteiligung der Erneuerbare-Energien-Anlagenbetreiber an Maßnahmen der Systemstabilität und Versorgungssicherheit
- die Begrenzung und Senkung der Kosten für Stromerzeugung und -verteilung
- Schaffen gleicher Wettbewerbsbedingungen für privatwirtschaftliche sowie kommunale Energieversorgungsunternehmen unter marktwirtschaftlichem Ordnungsrahmen
- das Realisieren von Effizienz-Maßnahmen zur Energieeinsparung
- das Nutzen geothermischer Potenziale vorzugsweise in Sachsen
- die stärkere Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Koordinierung.

Sachsen als Stromexporteur nutzt nach wie vor zu einem hohen, rund 80-prozentigen Anteil die Braunkohle zur Energieerzeugung. Die Braunkohle ist der einzige einheimische Rohstoff und Energieträger, der noch für mindestens drei Jahrhunderte in Sachsen zur Verfügung steht. Strom lässt sich aufgrund der Grundlastfähigkeit verlässlich und am wirtschaftlichsten aus Braunkohle erzeu-

gen. **Wenn Strom in Sachsen bezahlbar bleiben soll, muss die Braunkohle trotz ihrer unbestritten auch existierenden Nachteile den Energiemix deutlich mitbestimmen.** Die modernen Kraftwerke in Sachsen genügen zudem höchsten Ansprüchen im Umweltschutz.

Deutschland als Industriegesellschaft ist für lediglich rund 2,5 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Wenn hier 20 Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes eingespart werden sollen, bedeutet dies einen immensen finanziellen Kraftakt in dreistelliger Milliardenhöhe. Global betrachtet, ist die Wirkung mit 0,5 Prozent Gesamtreduktion verschwindend gering. Die **hohen klimapolitischen Ambitionen Deutschlands** müssen sich daher im internationalen Dialog auf **Länder und Regionen mit einem überdurchschnittlichen Ausstoß des Klimagases orientieren**. Die Umsetzung der klimapolitischen Ziele in Deutschland muss davon abhängig gemacht werden, dass diese Länder vergleichbare Anstrengungen unternehmen. Andernfalls würden sich die deutschen Maßnahmen in ihren Auswirkungen auf die Schwächung der deutschen Wirtschaft beschränken.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat Deutschland bisher rund 260 Milliarden Euro gekostet – Tendenz steigend. Diese Größenordnung hat sich mit der Verabschiedung des EEG im Jahr 2000 exponentiell aufgebaut und entspricht derjenigen des gesamten deutschen Gesundheitssystems. Angesichts des minimalen Nutzens für das Klima müssen die Befürworter weiterer Subventionen die Frage stichhaltig beantworten, warum stattdessen prioritäre Aufgaben in Bildung oder Infrastruktur aus Kostengründen unterbleiben. Eine Ausweitung der Subventionen ist nicht mehr finanzierbar. **Die Diskussion um die künftige Energiepolitik muss daher mit ausschließlich sachbezogenen Argumenten auf Basis der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Realität geführt werden.** Dabei sollte vorab geklärt werden, inwiefern Forschungsergebnisse von Instituten, die sich dem Klimawandel verschrieben haben, objektiv sein können oder vornehmlich der eigenen Existenzsicherung dienen sollen.

Angesichts der Faktenlage ist die bisherige Energiepolitik als gescheitert zu bewerten, wie dies der Bundeswirtschaftsminister im April 2014 bereits angedeutet hat. **Der Freistaat wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine unideologische Aufklärung und Problemlösung zu engagieren.**

Entwicklung zur digitalen Gesellschaft gestalten

Insgesamt bietet Sachsens IT-Wirtschaft in ihrer jetzigen Struktur sehr gute Voraussetzungen, um neue und kreative Geschäftsmodelle umzusetzen.

Im Monitoring-Report Digitale Wirtschaft 2012 des BMWi heißt es: „Die IKT-Branche in Deutschland setzt jährlich 222 Milliarden Euro um. Sie hat eine höhere Wertschöpfung als der deutsche Automobilbau und ist umsatzstärker als die Traditionsbranche Maschinenbau. Die Beschäftigten in der IKT haben die größte Pro-Kopf-Wertschöpfung im Branchenvergleich des Berichts. Mehr als 91.000 Euro erwirtschaftet jeder der knapp 850.000 Beschäftigten.“

In den mitteldeutschen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind in der IKT-Branche fast 5.000 Unternehmen mit etwa 47.000 Mitarbeitern tätig. **Die 2.740 IKT-Dienstleistungsunternehmen in Sachsen erwirtschafteten 2010 mit 27.000 Beschäftigten einen Umsatz von 3,9 Mrd. Euro.** Politik und Unternehmerschaft sind hier gefordert, einen Beitrag bei der Weichenstellung für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes zu leisten. Es gilt, die **Region** noch attraktiver zu machen und nicht nur für den deutschlandweiten, sondern auch **für den internationalen Wettbewerb zu rüsten.** Um dies zu erreichen, müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Vor allem soll der **Hebelwirkung von IT-Anwendungen und Dienstleistungen auf die Produktivität und Innovationsfähigkeit** und den dadurch erzielten Leistungen quer durch alle Branchen Rechnung tragen. Es gilt, das **Potenzial der Digitalisierung** bei der Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft, beispielsweise der Energiewende oder in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft zu realisieren.

Wettbewerbsmotor Innovation

In der Innovationsstrategie für das Land Sachsen heißt es:

„Innovation ist der Schlüssel für die volkswirtschaftliche, aber auch soziale Entwicklung Sachsens. Die Wohlfahrt des Landes hängt insbesondere davon ab, ob es weiterhin und in einem hohen Tempo gelingt, das neu generierte Wissen in marktgerechte Produkte, Verfahren und Dienstleistungen erfolgreich umzuwandeln. Denn Innovation ist mehr als eine Idee. Erst wenn eine Idee oder ein Forschungsergebnis auf dem Markt platziert ist, kann von Innovation gesprochen werden.“

Richtig ist es daher, dass die Ziele:

- Erhöhung der Innovationsfähigkeit und -performance bestehender Unternehmen
- Sicherung der Fachkräftebasis
- Stärkung der innovativen Kräfte in der gesamten Gesellschaft

in der sächsischen Innovationsstrategie verankert wurden.

Keine andere Technologie schafft es, in dem Maße Innovationsprozesse zu ermöglichen, zu beschleunigen, zu unterstützen und zu überwachen wie die IKT.

Leider positioniert diese Strategie die IKT noch nicht prioritär, obwohl bereits erkannt ist, dass sie zu den Schlüsseltechnologien/KETs als Treiber (Enabler) der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gehört. Das halten wir für fahrlässig, dieser Zustand muss sich ändern.

Unsere Forderungen gehen sogar darüber hinaus, denn die **IKT-Wirtschaft** ist nicht nur als **Produktivkraft** (Querschnitts- und Schlüsseltechnologie) für alle wirtschaftlichen Bereiche, sondern **ebenso als bedeutender und eigenständiger Wirtschaftssektor** anzuerkennen.

Dabei stimmen wir den „Digital Growth Priorities“ des SMWA IKT als Querschnittstechnologie und die Förderung des Ausbaus der sogenannten NGA Infrastruktur für breitbandigen Internetzugang sehr wohl zu, werben jedoch für eine darüber hinausgehende Beachtung der Interessen und **notwendige Unterstützung der sächsischen IKT.**

Nicht weniger bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass sich die IT-Wirtschaftsstruktur immer zweiseitig darstellt, zum einen durch IT-Unternehmen und zum anderen durch IT-Abteilungen in Unternehmen anderer Sektoren. Die Entwicklung in beiden Bereichen wird maßgeblich davon abhängig sein, ob es zukünftig gelingen wird, ausreichend akademischen Nachwuchs zur Verfügung zu stellen.

„16 von bundesweit 60 Einrichtungen der Fraunhofer Gesellschaft (FhG), acht von 86 Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft (WGL), sechs von 80 Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) sowie vier Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) haben ihren Sitz in Sachsen“ (Quelle: Technologiebericht Sachsen 2012, S. 120). **Dass sich darunter keine einzige Einrichtung mit einem erkennbaren Software-Forschungsbezug befindet, ist** angesichts der Wirtschaftsdynamik und Innovationsbedeutung der Software- und IT-Industrie **eine Schwäche der ansonsten hervorragend besetzten Forschungslandschaft Sachsens.**

Gerade in den o.g. Schnittmengen branchenübergreifender Entwicklungen (Industrie 4.0, smarte Infrastrukturen, Sicherheit, Klimaschutz und Energie sowie Gesundheits- und Pflegewirtschaft) kann durch eine Forschungseinrichtung mit Leuchtturmcharakter eine Keimzelle von Innovation und Wachstum gelegt werden. **Sachsen braucht daher eigene universitäre und außeruniversitäre softwarebezogene Forschungseinrichtungen von Rang.**

Darüber hinaus zeigen Studien die **höchste Gründungsdynamik bei Software-Unternehmen**, so dass aufbauend darauf hier auch der Innovationsgrad und das Wachstum im Vergleich zum gesamten High-Tech Sektor am höchsten ist. Charakteristisch für Gründungen im Software-Bereich sind der vergleichsweise geringe benötigte finanzielle Mitteleinsatz und das überdurchschnittlich schnelle Wachstum. Junge Software-Unternehmen benötigen in der Regel keine teuren Ausstattungen (z.B. Geräte, Maschinen) zur Entwicklung und dem Vertrieb ihrer Produkte und Leistungen.

Die **Startausrüstung der meisten Software-Gründungen sind somit die Kompetenz und Kreativität der Gründer** (Quelle: Gründungsdynamik im IT-Sektor. Studie im Auftrag des BITKOM Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. 2012). **Die Möglichkeiten, die für das Land Sachsen damit verbunden sind, bieten demzufolge die schnellstmöglichen Realisierungschancen.**



Um Wachstumsprozesse aus dem Sektor heraus zu entwickeln, bedarf es allerdings einer Reihe weiterer notwendiger Voraussetzungen, welche im Folgenden genannt werden.

Wie kann das Wachstumspotenzial in der IT-Wirtschaft Sachsens noch stärker gehoben und was muss perspektivisch getan werden?

- Der **Aufbau des eigenen IT-Nachwuchses** wird ein Pfeiler der Entwicklung sein. **Maßnahmen** werden sich zukünftig nicht mehr nur auf die Hochschulen konzentrieren können, sondern **müssen bereits in den elften und zwölften Klassen greifen**. Schüler und Eltern müssen frühzeitig mit den Berufsbildern der IT-Wirtschaft vertraut gemacht werden. Anstrengung von Land und Branche sollte es daher sein, gemeinsam geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um die sehr guten Wachstumsmöglichkeiten in der IT-Wirtschaft in den nächsten Jahren sicherzustellen.
- Die **IT-Wirtschaft sollte als eigener, relevanter Wirtschaftssektor eine Aufwertung erfahren** und zukünftig offiziell in das Wirtschaftsprofil der Landesregierung aufgenommen werden.
- Perspektivisch müssen sowohl innovative Neugründungen als auch existierende, erfolgreich arbeitende Unternehmen gleichberechtigt nebeneinander Unterstützung erhalten.
- Es sollte **steuerliche Begünstigung und/ oder Förderung von IT-Unternehmen** geben, die **gemeinsame Projekte mit den Hochschulen und traditionellen Unternehmen** (Fahrzeugbau, Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik) umsetzen und auf marktreife Produkte zielen (Produkt- bzw. Marktcluster).
- Gerade für IT-KMU bedarf es eines noch **besseren Zugangs zu Venture Capital** (Etablierung eines Marktes für Wagniskapital).
- **Fördern und Fordern von Vernetzungsprozessen**, um die Innovationskraft der traditionellen Branchen zu steigern (Stichwort: Industrie 4.0).
- Eine stärkere **Unterstützung durch die Politik bei der Darstellung der Leistungsfähigkeit und des (speziellen) Knowhows der IT-Unternehmen aus unserer Region** wäre ein weiterer wichtiger Aspekt.
- **Investitionen in Glasfasernetze des NGA** (Next Generation Access), **auch außerhalb von Großstädten und Ballungszentren** müssen gefördert werden.
- Um die Prozesse in der IKT- Branche zu vereinfachen und zu beschleunigen, plädieren wir für eine **Vereinheitlichung von Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen** zunächst auf Bundes- und später auf EU-Ebene.
- In diesem Zusammenhang ist im Sinne der Datenunabhängigkeit auch **ein freierer Zugang zu Geodaten** unter der Einhaltung der Datenschutzbestimmungen erstrebenswert (Geodatenvernetzung).
- Die **Förderung des Einsatzes von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken** zur Vereinfachung von Kommunikation, Prozessen und Transaktionen zwischen staatlichen, kommunalen sowie sonstigen behördlichen Institutionen und den Unternehmen und Bürgern (E-Government) muss ebenso im Fokus der Politik stehen.

Tourismus als prosperierende Wirtschaftsbranche vorantreiben

Tourismus in Sachsen – ein unterschätzter Wirtschaftsmotor

Der Tourismus als bedeutender Wirtschaftsfaktor wird immer noch unterschätzt. Nicht nur Umsatzzuwächse, sondern auch die Beschäftigungszahlen steigen in dieser Branche beständig an. Und anders als in der Hochtechnologie ist auch ein Zuwachs an Arbeitsplätzen mit geringerer Qualifikation möglich. **Sachsen kann aufgrund seiner traditionell geprägten, einzigartigen Kultur- und Naturräume, seiner Kernkompetenzen und seiner Alleinstellungsmerkmale für Deutschland, für Europa und weltweit von Bedeutung für neue Quellmärkte sein.** Diese Marktpotenziale gilt es weiter zu mobilisieren.

Wettbewerb

Der Freistaat Sachsen befindet sich im Wettbewerb mit Destinationen in Deutschland und angrenzenden sowie internationalen Zielgebieten, die bereits langfristig erfolgreich sind, die Alleinstellungsmerkmale besitzen (Alpen, Küste, Sonnengarantie), in denen vernetzt (z.B. mit ÖRR, Filmindustrie, Regionalwirtschaft) und mit hohen Investitionen für die Branche geworben wird. **Unter all diesen Wettbewerbern muss Sachsen seine wettbewerbsfähigen Attraktionen weiter entwickeln, neu ausrichten und besser kommunizieren.**

Wachstum

In den letzten Jahren waren die Wachstumsraten in Sachsen vor allem der Leistungskraft der Städte Dresden und Leipzig zuzurechnen. Der **Wachstumstrend zum Städte- und Kulturtourismus** hält weiter an (Analyse NIT 2012). Dieser Entwicklung muss sich Sachsen stellen und **dafür sorgen, dass die ländlichen Regionen mit einbezogen werden.** Eine Balance – Städte bereisen und Natur genießen, Kultur erfahren und aktiv sein – ist entscheidend.

Herausforderung

Der Tourismus ist ein **System von öffentlicher und privater Partnerschaft**. Dieses System gilt es, nicht nur zu sichern, es muss auch ertüchtigt werden. Besonders der Optimierung der Handlungsebenen kommt künftig große Bedeutung zu, wenn die knappen Budgets zu optimalen Erfolgen führen sollen. Die **Komplexität der Branche erfordert es, die Zuständigkeit auf Landesebene zu optimieren.** Dem hohen Stellenwert, den der Tourismus für das Land einnimmt, muss bei Gesetzgebung und Administration stärker Rechnung getragen werden. Tourismus als Querschnittsaufgabe benötigt eine **ressortübergreifende Koordination**, die von zentraler Bedeutung für den Gesamterfolg der Tourismuspolitik ist.

Anforderungen an den Gesetzgeber

Der Gesetzgeber muss das Instrumentarium optimieren und verlässliche Rahmenbedingungen für die Branche schaffen, die vielfach aus kleinen und kleinsten mittelständischen Unternehmen (KMU)



besteht. Die **Förderpolitik muss auf Stärkung der Marktpositionen orientieren**. Die Entlastung aller Akteure und insbesondere der Unternehmen von Kosten und Bürokratie ist grundsätzlich einzufordern. Die Erhebung von kommunalen Steuern und Abgaben muss an eindeutig spezifizierte Angebote gebunden sein und darf sich nicht – wie beispielsweise im Fall der Kurtaxe in Dresden – auf die Motivation gründen, immer höhere Ausgaben durch immer höhere Einnahmen zu ermöglichen.

Strategie

Die **Tourismusstrategie 2020** der jetzigen Staatsregierung zeigt eine klare Perspektive auf. Die **Umsetzung muss mehr Gewicht durch Koordinierung und Vernetzung mit vielen Bereichen im Freistaat, auf kommunalen Ebenen, LTV Sachsen, TMGS und in den KMU erhalten**. Übergreifende Themen des Standortmarketings für Sachsen sind strategisch aufzubereiten und ressortübergreifend zu steuern.

Tourismusmarketing

Internationale Quellmärkte sind vor allem **mit Alleinstellungs-Attraktionen zu erschließen**. Dafür sollten zentrale Vermarktungsschwerpunkte entwickelt werden. Das bedeutet **Schwerpunktsetzung bei Zielgruppen, in Themen und bei Quellmärkten**, die besonders hohe Zuwächse erwarten lassen.

Handlungsempfehlungen für die Politik

Die globalen Herausforderungen verpflichten geradezu, alle Ressourcen für wirtschaftliches Wachstum auszuschöpfen. Die Tourismusbranche bietet nachhaltige wirtschaftliche Chancen. Der Freistaat Sachsen sollte die Entwicklung, die möglich ist, mit Kompetenz, professionellen Konzepten und klug eingesetzten Investitionen weiter optimal nutzen. Dabei kommt es insbesondere darauf an, die Attraktionen, die der Freistaat hat, besser darzustellen und besser zu kommunizieren.

Konkrete Vorschläge

Die Komplexität der Tourismus-Branche erfordert, die Zuständigkeit auf Landesebene zu optimieren.

- **Im Sächsischen Landtag** ist ein „**Beauftragter für Tourismus**“ (vergleichbar dem Ausländerbeauftragten) zu berufen und per Gesetz zu verorten.
- **National bedeutsames Kulturgut in Sachsen** (inkl. zur Industriekultur) **muss** – auch durch die Förderung durch den Bund – **schneller als Attraktion für den Tourismus verfügbar gemacht werden**.
- **Die Kommunikation der Attraktionen muss verbessert werden**, um sie für internationale Quellmärkte interessanter zu gestalten. Vorgeschlagen wird eine **Internet-Plattform mit einem schnellen, zusammengefassten Überblick über touristische Attraktionen und Zielgebiete in Sachsen**.
- Die Verkehrsanbindung Sachsens insbesondere über die Flughäfen Dresden und Leipzig ist deutlich zu verbessern. **Über die zunehmend touristische Nutzung können die Flughäfen ihre Auslastungsquoten erhöhen**.

Wachstumsbranche Gesundheitswirtschaft

Das Gesundheitswesen gehört zur **essentiellen Infrastruktur** eines Bundeslandes. Sachsen profiliert sich gerade als anziehender Industrie- und Wirtschaftsstandort. Für die Menschen muss deshalb erlebbar sein, dass sie hier mit bester Versorgung und bestem Service **nicht nur in den Städten, sondern ebenso in den ländlichen Regionen** rechnen können.

Eine **immer älter werdende Bevölkerung** – die darauf drängt, gesund alt zu werden – ist die **Triebkraft für neue Produkte, Technologien und Dienstleistungen**. Selbst **klassische Industriebranchen** wie der Maschinenbau oder die Automobilindustrie wenden sich heute verstärkt Angeboten zu, die sich beim zunehmend **gesundheitssensiblen Kunden** vermarkten lassen. Eine Maschine, die Arbeitsbelastungen mindert und zugleich die Arbeitsproduktivität erhöht, liefert überzeugende Vertriebsargumente. Das gleiche gilt für ein Auto mit ergonomischem Fahrkomfort und verbesserten Sichtverhältnissen. Gesundheitswirtschaft geht deutlich über die im Gesundheitswesen tätigen Professionen hinaus und gehört zum **Hochtechnologiesektor mit Spitzen-Knowhow**.

Hinweise auf die gesundheitsförderliche Wirkung einer Ware oder Dienstleistungen werden zunehmend vermarktungsrelevant. Diesen Zusatznutzen gezielt zu entwickeln und als Verkaufsargument herauszuarbeiten, wird immer wichtiger. Es empfiehlt sich auch, das eigene Produktportfolio auf Anwendungen im Gesundheitsmarkt zu prüfen. Manche Innovation aus der Materialforschung, der Technik oder Softwarelösungen könnte von Interesse sein. **Für den innovativen, flexiblen Mittelstand liegt in der Gesundheitswirtschaft noch Entwicklungspotenzial**.

Sachsen hat dank vieler ansässiger Medizintechnik-Unternehmen und ihrer industriellen Zulieferer bereits sehr gute **Voraussetzungen, eine starke Medizintechnik-Region zu werden**. Sowohl die Wachstumsraten in der Branche als auch die wirtschaftlichen Ergebnisse sind im internationalen Vergleich überdurchschnittlich und untermauern den besonderen Stellenwert Sachsens auf diesem Sektor. Aufgrund ihres mittelständischen Charakters befinden sich die Firmenhauptsitze in Sachsen. Mit der **Gründung eines Medizintechnik-Clusters im Freistaat** könnten diese Unternehmen mit Forschungseinrichtungen stärker vernetzt und in ihrem Wachstum besser unterstützt werden.

Die **innovative Technologie der Telemedizin** ist vor allem für Flächenländer mit dünn besiedelten Gebieten von Vorteil, um Diagnostik und Therapie über räumliche und zeitliche Distanzen hinweg zwischen Ärzten, Therapeuten oder Patienten zu überbrücken. In medizinisch gut versorgten Gebieten dient Telemedizin zum Beispiel zur Einholung von Zweitmeinungen oder zur Vorbeugung von Notfällen durch apparative Beobachtung. **Für ländliche Regionen bieten sich telemedizinische Projekte an, um die knappe Ressource Facharzt effizient zu nutzen**. Innerhalb von Kliniken der gleichen Unternehmensgruppe werden telemedizinische Kommunikationsmöglichkeiten bereits seit längerem erfolgreich eingesetzt. Aufgrund des für die nächsten Jahre absehbaren Fachärztemangels sollten in Sachsen Projekte der Telemedizin eingeführt werden, um frühzeitig Versorgungsengpässe auszugleichen. **Telemedizin könnte sich auch für die Kliniken im staatlichen oder kommunalen Eigentum finanziell lohnen, sofern sie sich stärker vernetzen**.



Das Gesundheitswesen ist nach wie vor in Versorgungssektoren (freiberufliche ambulant tätige Fachärzte, Kliniken, Rehabilitationseinrichtungen ambulant und stationär etc.) aufgeteilt. Diese Einteilung hat sich derart verfestigt, dass das Aufbrechen der starren Grenzen nur sehr mühsam gelingt. Eine medizinisch wie ökonomisch wirksame Patientenversorgung jedoch verlangt nach **interdisziplinärer Problemlösung**. Um die Ressourcen effektiver einzusetzen, sollten in Sachsen zunehmend **innovative Modelle der Integrationsversorgung erprobt und weiterentwickelt** werden. Dazu könnte das zuständige Ministerium **die handelnden Partner mit unterschiedlichsten Interessen initiierend und moderierend einbinden**.

Bei der **Behandlung psychischer Erkrankungen** kommt es vermehrt zu stationären Einweisungen mit der Folge, dass die Bettenkapazitäten in sächsischen Kliniken mit jedem Krankenhausplan deutlich ausgeweitet werden. **Gäbe es ausreichend Angebote der ambulanten Betreuung, könnte die wesentlich teurere und für die Patientenkarriere häufig ungünstigere Krankenhausbehandlung ersetzt werden**. Nachweislich sinnvolle Projekte zur ambulanten Therapie psychisch Kranker bestehen in Sachsen, allerdings nicht flächendeckend. Insofern sollten auch dazu politische Initiativen entwickelt werden. Investitionen in Krankenhäuser werden derzeit von Bund, Krankenversicherung und Freistaat finanziert, künftig aller Voraussicht nach zum Großteil vom Freistaat. **Effektivitätssteigerungen kämen direkt dem Landeshaushalt zugute**.

Das auf Bundesebene seit längerem geplante Präventionsgesetz beabsichtigt, betriebliches Gesundheitsmanagement auch für mittelständische Unternehmen attraktiv zu machen. Großunternehmen investieren bereits in die Leistungsfähigkeit ihrer Fachkräfte, weil sich deutlich Krankheitstage und Ausfallkosten reduzieren lassen. Wissenschaftliche Studien bestätigen die hohe Rendite. **Das sinnvolle Instrumentarium des betrieblichen Gesundheitsmanagements ist auch dem sächsischen Mittelstand zu empfehlen**. Motivierte, leistungsfähige Fachkräfte sind der Wachstumsquell der Wirtschaft. Sie an das eigene Unternehmen zu binden, wird wichtiger denn je. Insofern sollte Sachsen über den Bundesrat auf **die Verabschiedung des Präventionsgesetzes hinwirken**. Es muss zudem geprüft werden, ob Fördermöglichkeiten über den Europäischen Sozialfonds bestehen.

Verkehrspolitik ist Standortpolitik

Mobilität ist Lebensqualität für Einwohner und Gäste Sachsens. Eine gute Erreichbarkeit, eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur und leistungsfähige Mobilitätsangebote vor Ort sind **essentielle Grundlagen für Standortqualität und Internationalität** des Freistaates Sachsen **sowie für positive Entwicklungen in Wissenschaft und Wirtschaft**.

Die Verkehrsanbindung Sachsens muss intensiv weiter vorangetrieben werden. Vor allem die **internationale und überregionale Erreichbarkeit Sachsens ist stark verbesserungsbedürftig**. Erforderlich ist die **Entwicklung eines belastbaren, nachhaltig strategischen Konzeptes** zur Verbesserung der Erreichbarkeit Sachsens, insbesondere der Großstädte Chemnitz, Dresden und Leipzig.

Zur Sicherung weiterer Ansiedlungen und zur Schaffung der Grundlagen und Expansionen der Unternehmen müssen die vorhanden infrastrukturellen Bedingungen in Sachsen erhalten und ausgebaut werden. Grundlage für eine zukunftsorientierte Mobilität ist die Sicherstellung der Erreichbarkeit in den Regionen mit Bahn und Bus.

Der Wirtschaftsrat formuliert in diesem Positionspapier die grundlegenden Forderungen seiner Mitglieder und Partner zum Thema Verkehr.

Schiene

Immer mehr Menschen reisen mit der Deutschen Bahn bzw. anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen. Gerade für Geschäftsreisende und Städtetouristen spielt eine **schnelle und regelmäßige Verbindung** eine wichtige Rolle.

Forderungen:

1. Elektrifizierung und Ausbau der Strecke Leipzig - Chemnitz, Entwicklung von Angebots- und Finanzierungsmodellen bis Sommer 2015 für das Betreiben dieser Strecke mit schnell fahrenden Zügen
2. Ausbau der Strecke Berlin - Dresden als Teilobjekt des TEN Nr. 22 (Skandinavien – Südeuropa) auf mind. 200 km/h+ in ICE-Qualität sowie Sicherstellung durchgehender ICE-Verbindungen nach Hamburg
3. Novellierung des EKrG (Kosten: Drittel jeweils Bahn, Land und Kommune)
4. Kofinanzierung des ABS Berlin - Dresden durch ERF-Mittel
5. Einsatz durchgängiger schnell fahrender Züge auf der Sachsenmagistrale aus Dresden in Richtung Nürnberg/München und auch Görlitz/Breslau als durchgehende Verbindung
6. Elektrifizierung der Strecke Dresden - Görlitz
7. Neubau einer Hochgeschwindigkeits-Bahntrasse Richtung Prag mittels Tunnel durch das Osterzgebirge

Die **Bewältigung des zunehmenden Güterverkehrs** soll ebenfalls in vorgenannten Forderungen Beachtung finden. Er ist besonders durch den weiteren **Ausbau moderner logistischer Angebote** zu gewährleisten. Oberste Priorität hat die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und die Wasserstraße. Die Güterverkehrszentren sind so anzubinden und technisch auszubauen, dass sie den logistischen Ansprüchen optimal entsprechen.

Forderungen:

1. Erhalt und Ausbau des Güterverkehrsstandortes Friedrichstadt in Dresden
2. Unterstützung des elektrischen Lückenschlusses auf bayerischer Seite zwischen Hof und Regensburg zur Stärkung des SGV in Südwestsachsen

Straße

Die meisten Geschäftsreisenden und Touristen erreichen Sachsen mit dem Pkw bzw. reisen mit dem Bus auf der Straße an. **Sachsen verfügt über ein gut ausgebautes Autobahn-/Straßennetz, dessen Neu- und Umbau sich synchron zu der Erhöhung der Mobilitätsansprüche sowie der Zunahme der Güterverkehre entwickeln muss.** Durch den Freistaat Sachsen sind Bundesmittel sowohl für den Neu- als auch für den Ausbau/die Instandhaltung von Autobahnen sowie Bundes- und Staatsstraßen mindestens **in gleichem Finanzvolumen wie in den vergangenen Haushaltsjahren einzufordern.**

Mittel aus dem Entflechtungsgesetz sind vorrangig für den kommunalen Straßenbau einzusetzen. Für peripher gelegene Regionen ist der Ausbauzustand der Straßenverkehrsinfrastruktur zu verbessern, um bestehende lange Fahrtzeiten zu zentralen Zielen auszugleichen. In Zusammenarbeit mit den Unternehmen und Hochschulen sind moderne rohstoffsparende und umweltschonende Technologien und Materialien zu entwickeln oder einzusetzen, welche die geforderten Qualitätskriterien erfüllen. **Neu entstehende touristische Zielgebiete**, wie beispielsweise das Lausitzer Seenland, sind straßenseitig **gut anzubinden**. Straßen mit hoher Verkehrsbelastung sind im Bestand auszubauen bzw. Gradientenverbesserungen durchzuführen sowie Engstellen zu beseitigen. Unfallschwerpunkte insbesondere auf Autobahnen sind durch bauliche Maßnahmen zu beseitigen.

Forderungen:

1. Abschnittsweiser sechs streifiger Ausbau der Autobahnen (insbesondere A14, A72)
2. Neutrassierung der A72 (Plauen - Hof)
3. Ertüchtigung folgender Straßenachsen
 - B87 (Leipzig - Torgau - Frankfurt/O. - Polen)
 - B92 (Plauen - Schönberg - Tschechien)
 - B93 (Aue, Lauter, Schwarzenberg - Johann-Georgenstadt - Tschechien)
 - B95 (Chemnitz - Annaberg-Buchholz - Tschechien)
 - B96/160 (Ruhland - Hoyerswerda - Weißwasser - Krauschwitz - Polen)
 - B101 (Siebenlehn - Freiberg - Marienberg - Tschechien)
 - B169 (Riesa - Döbeln/A14)
 - B174 (Chemnitz - Reitzenhain - Tschechien)
 - B178 (Weissenberg - Zittau - Polen/Tschechien)

4. Verbesserung der grenzüberschreitenden Verbindungen in die Tschechische Republik, insbesondere der Ausbau der Grenzübergänge Johanngeorgenstadt – Potůčky und Olbernhau – Brandov
5. Ausbau der S218/S221 ab Ortsausgang Mildenau bis Großrückerswalde
6. Die Region Erzgebirge ist durch Neubaumaßnahmen noch besser an die Autobahn anzuschließen
7. Neubau einer Autobahnanbindung von Hoyerswerda an die A13 zur Erschließung des Lausitzer Seenlandes
8. Schaffung dringend erforderlicher Ortsumgehungen im Bundesstraßennetz, wie Pirna (3. BA), Freiberg, Cossebaude, Wellaune, Hoyerswerda, Burkhardtsdorf
9. Neubau von Brücken über die Elbe in der Nähe von Torgau, Riesa und Heidenau
10. Der kommunale Straßenbau ist mit Entflechtungs- und Landesmitteln intensiv weiterhin zu unterstützen. Speziell zur Erneuerung der kommunalen Brücken ist ein Sonderprogramm dringend erforderlich.
11. Stärkere Nutzung innovativer Technologien und Materialien im Straßenbau, welche in Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft entwickelt werden

ÖPNV/SPNV

ÖPNV und SPNV stehen **als Mobilitätsgarant für alle Einwohner, Geschäftsreisende und Touristen.** Des Weiteren sichern diese Angebote Mobilität mit wenig Lärm und Emissionen. Der SPNV ist als leistungsfähiges Rückgrat des öffentlichen Verkehrs zu stärken und als ein qualitativ hochwertiges Angebot in dichter besiedelten Regionen Sachsens, unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Nutzens, vorzuhalten. Die Attraktivität für die Reisenden ist weiter zu stärken. Dazu gehören **überschaubare sachsenweite Tarifangebote, der Verzicht auf jährliche Preiserhöhungen sowie ein verlässliches Grundangebot in ÖPNV und SPNV.** Die Verantwortlichen sind aufgefordert, noch stärker auf die Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems zu achten. Vorhandene Strukturen sind auf deren Relevanz und Effektivität zu prüfen. **Taktverkehr und gute Anschlüsse an den Fernverkehr sowie an den regionalen Busverkehr** sichern Mindestanforderungen Einheimischer und touristischer Nutzer.

Auch vor dem Hintergrund demografischer Entwicklung, sind die **Landkreise bei der Erhaltung und beim Ausbau der Angebote im straßengebundenen ÖPNV zu unterstützen.** Touristische Zielgebiete dürfen nicht weiter ausgedünnt oder entkoppelt werden. Um progressiv auf den Wachstumsmarkt Freizeitverkehr reagieren zu können, sind die touristischen Vermarktungsorganisationen bei der Entwicklung von Konzepten für den Tagestourismus und die damit verbundenen Quell- und Zielgebietsrelationen zu unterstützen. Der Freistaat ist aufgefordert, sich **bei der Neuverteilung der Regionalisierungsmittel für einen möglichst hohen sächsischen Anteil (mindestens Beibehaltung des prozentualen Status quo der Gesamtmittel) sowie für die Dynamisierung der Regionalisierungsmittel einzusetzen.**

Forderungen:

1. Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV/ SPNV für die Reisenden
2. Etablierung einer ÖPNV-Agentur zur Übernahme landesweiter Aufgaben
3. Schaffung von Synergien durch Reduzierung der SPNV-Aufgabenträger

4. Forcierung grenzüberschreitender ÖPNV/SPNV-Angebote
5. Fortschreibung der Busförderung in gleicher Höhe zzgl. Inflationsausgleich
6. Nutzung des Busverkehrs in Gebieten, in denen Nachfrage und Auslastung für den SPNV zu gering ist
7. Stärkere Förderung der Mobilitätsangebote in der Fläche
8. Bereitstellung von Landesmitteln des Freistaates Sachsen für den Schul-/Ausbildungsverkehr in der erforderlichen Größenordnung
9. Anschlussfinanzierung durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und der Entflechtungsmittel nach Auslaufen in 2019
10. Sicherstellung der Förderunschädlichkeit vorhandener Bushaltestellen/ZOB bei Nutzung durch Fernbusverkehre
11. Gestaltung des Gesamtsystems ÖPNV/ SPNV noch stärker unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit
12. „Lernen von den Besten“ – Aufbau von Kooperationen mit ähnlich strukturierten Regionen, Etablierung eines Benchmarks mit diesen (z. B. Südtirol)

Luft

Die **Flughäfen Leipzig/Halle und Dresden** besitzen in der Daseinsvorsorge große **Bedeutung für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung der Region sowie als Gateways in alle Welt für die Bevölkerung und hiesige Unternehmen**. Vor dem Hintergrund sich verschlechternder Rahmenbedingungen für die Teilnehmer am Luftverkehrsmarkt (z. B. Lärm- und Umweltschutzaufgaben, Luftverkehrssteuer, Sicherheitsauflagen) einerseits sowie regulativer Beschränkungen bei Entwicklung und Betrieb von Flughäfen (z. B. EU-Beihilferecht, Verfügbarkeit öffentlicher Haushaltsmittel) andererseits gilt es, die Funktionalität der beiden internationalen Flughäfen nachhaltig abzusichern.

Für die nationale und internationale Konnektivität im **Passagierverkehr** sind die jeweiligen Nachfragepotenziale von Bedeutung, wenn Airlines Entscheidungen für oder gegen Strecken treffen. Dabei stehen die sächsischen Flughäfen in direktem Wettbewerb zu Städten und Regionen in ganz Europa. **Vermarktungsaktivitäten der Destinationen in den Quell- und Zielregionen bilden ein wichtiges Element der Umsatzgenerierung und Risikosenkung der Airlines**. Um die strategische Positionierung und Entwicklung der Flughäfen im Vermarktungsprozess zu unterstützen, ist eine **branchenübergreifende (insbesondere Tourismus aber auch exportorientierte Industrie) Abstimmung zu Fernmärkten und Entwicklungskorridoren notwendig**. Zur nachhaltigen Unterstützung neuer Linien sind im Bedarfsfall kurzfristig **Marketingaktivitäten in den Ziel- und Quellgebieten** erforderlich. Diese Aktivitäten müssen unbürokratisch finanziert werden können. Hierfür sollte Sachsen, möglichst über ein ppp-Modell einen **Marketingfonds** (Route Development Fund) etablieren, auf den unbürokratisch zur Unterstützung dieser Marketingaktivitäten zugegriffen werden kann.

Im Bereich von **Luftfracht und Logistik** besitzt der Flughafen Leipzig/Halle **weltweite Bedeutung**. Dies ist insbesondere der Ansiedlung des europäischen Luftfrachtdrehkreuzes der DHL und der **uneingeschränkten Betriebsgenehmigung (Nachtflugerlaubnis)** zu verdanken. Über die Nutzung durch DHL hinaus bietet der Standort noch wesentliche Kapazitäten und Entwicklungspotenziale,

die es zum Vorteil des Luftverkehrsstandortes aber auch der ganzen Region zu nutzen gilt. Bei der Forcierung der Geschäftstätigkeit im Frachtbereich wirken sich **marktabstottende Luftverkehrsrechtsvereinbarungen, welche mit dem Ziel eines „Open Sky“ für ausländische Marktteilnehmer weiter zu öffnen sind, sowie insbesondere die wettbewerbsverzerrende Luftverkehrssteuer negativ** aus.

Forderungen:

1. Etablierung eines Marketingfonds (Route Development Fund) zur unbürokratischen Finanzierung von Marketingaktivitäten (Leipzig/Halle und Dresden)
2. Bekenntnis zum Nachtflug sowie nachhaltige Absicherung des 24 Stunden-Betriebs für den Luftfrachtknoten Leipzig/Halle.
3. Schaffung eines „Open Sky“ für alle Luftfrachtverkehre am Flughafen Leipzig/Halle, wobei die Reziprozität im jeweiligen Auslandsmarkt für in Leipzig/Halle beheimatete deutsche Marktteilnehmer zu wahren ist.
4. Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Luftverkehrssteuer, die insbesondere die regionalen Flughäfen überproportional trifft.

Binnenschifffahrt

Als **einzigste Bundeswasserstraße** in Sachsen besitzt die **Elbe** eine besondere Priorität bei dem Thema Verkehr auf Wasserstraßen. Die Elbe sichert sowohl für den touristischen Personenverkehr, aber noch wichtiger für den Güterverkehr ab dem Hamburger Hafen bis in die tschechische Republik eine lange Transportkette mit geringen Lärm und minimaler Umweltverschmutzung.

Die Maßnahmen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sind an der Elbe zwischen der Grenze zur Tschechischen Republik und Geesthacht darauf auszurichten, durch **Unterhaltung und Reparatur an den vorhandenen Stromregelungsbauwerken den Status quo der Schifffahrtsverhältnisse vor dem Hochwasser vom August 2002 wiederherzustellen und zu erhalten**. Unverzüglich sind die Schäden des Juni-Hochwassers 2013 und die damit verbundenen Einschränkungen für die Schifffahrt auf der Elbe zu beseitigen!

Die Schifffahrt auf der internationalen Wasserstraße Elbe benötigt Fahrrinntiefen von mindestens 1,60 m zwischen Hamburg und Dresden und von mindestens 1,50 m zwischen Dresden und der Grenze zu Tschechien an durchschnittlich 345 Tagen im Jahr. Dieser Mindeststandard für wirtschaftliche Schiffsverkehre – insbesondere Containertransporte vom und zum Hamburger Hafen – muss gewährleistet werden! Zur nachhaltigen Sicherung dieses Ziels müssen die Unterhaltungsmaßnahmen durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes in den nächsten Jahren intensiviert werden, um auch bei geringeren Abflüssen der Schifffahrt die angestrebten Mindestfahrrinntiefen zur Verfügung zu stellen!

Dabei ist das **„Gesamtkonzept Elbe“ als strategisches Konzept** für den Flussraum der frei fließenden Binnenelbe zwischen der Grenze zur Tschechischen Republik und dem Wehr Geesthacht bei Hamburg weiter zu entwickeln. Durch das Gesamtkonzept können und müssen die umweltverträgliche

schiffahrtliche Nutzung der internationalen Wasserstraße Elbe und die wasserwirtschaftlichen Notwendigkeiten einschließlich des Hochwasserschutzes mit der Erhaltung des wertvollen Naturraums Elbe in Einklang gebracht werden.

Weiter sind strombauliche Maßnahmen zur Eindämmung bzw. Reduzierung der Erosionstendenzen in dem davon betroffenen Elbebereich erforderlich. Das von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zusammen mit den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt erarbeitete „Sohlstabilisierungskonzept für die Elbe von Mühlberg bis zur Saalemündung“ ist kontinuierlich umzusetzen, das „Pilotprojekt Klöden“ als Leuchtturmmaßnahme zügig zu beginnen.

[Der Freistaat ist aufgefordert, den Erhalt der Elbe als internationalen Verkehrsweg und Bundeswasserstraße beim Bund zu sichern.](#)

Forderungen:

1. Wiederherstellung und Erhalt des Status quo der Schifffahrtsverhältnisse vor dem Hochwasser 2002 sowie Beseitigung der Schäden des Juni-Hochwassers 2013 und den damit verbundenen Einschränkungen
2. Intensivierung der Unterhaltungsmaßnahmen durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zur Sicherung von Mindestfahrrinntiefen
3. Weiterentwicklung des „Gesamtkonzeptes Elbe“
4. Kontinuierliche Umsetzung des „Sohlstabilisierungskonzeptes für die Elbe von Mühlberg bis zur Saalemündung“ sowie Beginn des „Pilotprojektes Klöden“
5. Effizienzsteigerung des Gütertransportes durch Förderung innovativer Containerschiffe (Antriebstechnik) zwischen Hamburg und der Oberelbe

Ausbildung

Sachsen bietet eine große Auswahl an Ausbildungsmöglichkeiten im verkehrlichen Bereich. Besonders die [TU Dresden](#) bietet [mit der Fakultät für Verkehrswissenschaften „Friedrich List“ deutschlandweit das größte interdisziplinäre Angebot](#) für Studierende, Forschende und Wissenschaftler. Das betrifft sowohl die Ausbildung im Bereich des Verkehrsingenieurwesens als auch im Bereich der Verkehrswirtschaft. Hier bestehen [sehr enge Verzahnungen zu den Fachgebieten Bauwesen, Maschinenbau, Elektrotechnik/Informationstechnik und Mechatronik sowie zu den Wirtschaftswissenschaften](#). Zum Ausbau der bereits vorhandenen Exklusivität und Kompetenz ist die universitäre Ausbildung in Dresden zu bündeln und noch stärker in Forschung und Lehre, aber [auch in Kooperationen mit der Wirtschaft sowie internationalen Netzwerken, zu etablieren](#). Zur Sicherstellung der Angebotsvielfalt für Studierende und des wachsenden Fachkräftebedarfs in den Unternehmen des Verkehrssektors und der Fahrzeugindustrie, aber auch im Verkehrsplanungs- und Consultingbereich sind verkehrswissenschaftlich orientierte Studiengänge an Hochschulen, Berufsakademien und Fachschulen zu fördern.

Forderungen:

1. Weiterer Ausbau der Innovationsfähigkeit, des Wissensvorsprungs und der Angebotsvielfalt (Einrichtung von Teilzeitstudiengängen, Ausdifferenzierung des Angebots Bachelor- und Master-Studiengängen sowie weiterführenden verkehrswissenschaftlichen Master-Studiengängen, die auf Bachelor-Studiengängen anderer Fachrichtungen aufbauen)
2. Ausbildung hervorragender Absolventen des Verkehrsbereichs für Verwaltung, Politik und Wirtschaft
3. Ausbau des Technologietransfers, um die Verwertung von Forschungsergebnissen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft noch gezielter nutzbar zu machen, indem strategische, rechtliche und finanzielle Fragen der Umsetzung von Forschungsergebnissen auf ihrem Weg von der innovativen Idee bis zum Einsatz in der Praxis durch solche Einrichtungen wie das Technologiezentrum Dresden GmbH, die BTI Technologieagentur Dresden GmbH, die GWT-TUD GmbH oder die Transferstelle an der TU Dresden kompetent begleitet werden
4. Intensivierung der Zusammenarbeit von Universitäten und Fachhochschulen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Verkehrswissenschaften, wie z. B. dem Fraunhofer Institut für Integrierte Verkehrssysteme, um verstärkt Synergien im Bereich der Verkehrsforschung zu realisieren
5. Vergabe von Stipendien, insbesondere aktive Unterstützung von Unternehmen zur Vergabe von Deutschlandstipendien, Motivation von Praxispartnern und Unternehmen zur Beteiligung an Ringvorlesungen, Kolloquien oder sonstigen Lehrveranstaltungen zur frühzeitigen Kontaktaufnahme mit den Fachkräften von morgen, Bereitstellung von Praktikumsplätzen, Einsatz von Mentoren sowie nationale und internationale Kooperationen mit Hochschulen und Praxispartnern.



Verwaltung als professioneller Dienstleister

Die Schuldenbremse in der Verfassung verlangt von der sächsischen Verwaltung auf allen Ebenen, **mit den zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen effektiv zu wirtschaften**. Die Dienstleistungen des Staates für den Bürger und die Unternehmen müssen **zugleich fachkompetent und kundenorientiert** erbracht werden. Auch das Setzen von Prioritäten und das Bündeln von Fachkompetenzen verbessern die Rahmenbedingungen in Institutionen, die Anliegen der Wirtschaft bearbeiten. Zahlreiche positive Beispiele sind ermutigend, aber kein Anlass, in den Bemühungen um Kunden- und Dienstleistungsorientierung nachzulassen. **Unternehmerisches Denken und Handeln wie modernes Management sind auch in Verwaltungen möglich**. Damit ist ein hoher Führungsanspruch verbunden. **Instrumente der Unternehmensführung** sind geeignet, den Service auszubauen und mit einem klaren Fokus auf kundenorientiertes Handeln die **Professionalität der öffentlichen Verwaltung zu verbessern**. Ziel ist ein modernes Management mit Offenheit für Neues, das ein **innovationsfreundliches Klima** befördert und die notwendigen Veränderungsprozesse begleitet und ermöglicht. Unterhalb der Finanzbudgets sind die **richtigen Schwerpunkte** zu setzen.

Bürokratie abbauen, das bedeutet: **Förderprogramme deutlich vereinfachen, Verfahren beschleunigen und auf den Mittelstand ausrichten**. Mitunter entsteht der Eindruck, die bürokratischen Hürden sind deshalb so hoch gesetzt, damit Programme in der Praxis gerade nicht angenommen werden. Die öffentliche Verwaltung gehört als wesentlicher Teil zur Infrastruktur. Der Wirtschaftsrat fordert daher, **Servicestandards und Serviceleitlinien zu erarbeiten und eine Innovationskultur für die Verwaltung zu entwickeln**.

Deutschland leidet unter einer über Jahrzehnte gewachsenen und sich in vielen Bereichen weiterhin ungebremsst ausbreitenden Überregulierung. Die EU hat das Unvorstellbare geschafft und den Bürgern durch Vorschriften und Verbote z.B. zu Glühbirnen, Staubsaugern und demnächst Kaffeemaschinen das Leben darüber hinaus erschwert und Kosten aufbürdet. **Sachsen soll als Vorreiter die Trendwende einleiten und im Rahmen des Bürokratieabbaus für jedes neue Gesetz zwei bestehende Gesetze jeweils vergleichbaren Umfangs streichen**. Der Staat muss nicht alles regeln bzw. verbieten. Der schlanke Staat ist der bessere, bürgernähere Staat!

Die **SAB als Förderbank** stellt einen der **vorrangigen Gesprächspartner für die Wirtschaft** dar. Im Interesse einer schnellen, zielführenden Beratung sowie der Planbarkeit von Investitionen sind **konkrete Ansprechpartner** für die Unternehmen wichtig. Zudem ist die **hohe fachliche Kompetenz hinsichtlich der Beurteilung von Forschungsprojekten** sicher zu stellen. Es empfiehlt sich, einen **Fachbeirat als beratendes, unterstützendes Gremium zur Schwerpunktsetzung einzurichten**. Die Personalausstattung der SAB sollte sich am Bedarf des sächsischen Mittelstandes ausrichten. Das bedeutet zugleich, **der Vielzahl von Projekten auch kleinerer oder mittlerer finanzieller Größenordnung gerecht zu werden**.

Stadt- und Regionalentwicklung

Sachsens Städte und ländliche Regionen gewinnen deutlich an Lebenswert. Die kraftvolle Binnenkonjunktur führt zu weiterer Wertsteigerung. Stadt- und Regionalentwicklung ist das **größte Gemeinschaftswerk aus öffentlicher und privater Partnerschaft**.

Die jetzige Phase der Investitionstätigkeit muss im Freistaat effektiv und nachhaltig genutzt werden. **Von den kommunalen Verwaltungen sind daher kurz- bis langfristige Entwicklungsplanungen zu verlangen, deren einzelne Projektbausteine sich zu einem ganzheitlichen Zukunftskonzept zusammenfügen**. Unabhängig vom Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung hält es der Wirtschaftsrat für dringend angezeigt, die **Kommunen nach Handlungsleitlinien strategisch-inhaltlich zu führen und zu profilieren**. Die Qualifikationen der kommunalen Führungspersönlichkeiten und Entscheidungsträger müssen den steigenden Anforderungen an Professionalität gerecht werden. Auch für eine weitere Zusammenlegung, insbesondere von kleineren Gemeinden zu größeren Verwaltungseinheiten, sind die gegebenen **Anreizsysteme zu nutzen**.

Eine besondere Herausforderung der Zukunft **stellen energieeffizientes Planen und Bauen** dar. Dazu sind neue Ideen gefragt. Zur Unterstützung der Kommunen könnte ein **Ideenwettbewerb um neue Konzepte für „Städte der Zukunft“** initiiert werden. Neueste Trends und **Anforderungen insbesondere der jungen Generation** wären ebenso zu **berücksichtigen wie innovative energieeffiziente Lösungen**. Zum Beispiel könnte sich eine sinnvolle Symbiose aus Abwärme produzierenden Unternehmen und Abwärme nutzenden Wohngebieten entwickeln. Alle Seiten würden davon profitieren. Kommunen könnten Flächen für preiswertes Wohnen anbieten. Die dazu erforderlichen Leitungen wären allerdings frühzeitig zu planen und bei aktuellen Bauvorhaben zu berücksichtigen. **Die Entwicklungschancen sind bei Weitem nicht erschlossen**.

Da sich die geothermische Nutzung gerade in Sachsen anbietet, sollten **unter Federführung der TU Bergakademie Freiberg (bundesweites Geokompetenzzentrum) landesweite Karten zur Erschließung von geothermisch nutzbaren Gebieten** erarbeitet werden.

In den beiden Ballungszentren Dresden und Leipzig entwickeln sich die Wohn- und Eigentumskosten gerade für junge Familien in fast unbezahlbare Höhen. Sollen diese Städte mit wirtschaftlichem Wachstum auch **weiterhin attraktiv für junge Familien** bleiben, müssen neue Möglichkeiten bezahlbarer Flächen städtebaulich geplant und für die Bebauung frei gegeben werden.

Die Planungen für kommunale Vorhaben starten in den Kommunen regelmäßig zu spät im Jahr, so dass mit der eigentlichen Umsetzung erst im Sommer begonnen wird. Für Betriebe, Handwerk oder Dienstleistungsunternehmen verdichtet sich die Realisierungszeit, sofern die Finanzmittel bis zum Jahresende genutzt werden müssen. **Wenn möglich (außer bei EU-Mitteln), sind die Haushaltsmittel der Kommunen übertragbar auf das Folgejahr zu gestalten**.

Obwohl Unternehmen, private Eigentümer, Freistaat und Kommunen hohe Beträge in den vorsorglichen Hochwasserschutz investiert haben, sind insbesondere die kommunalen Schäden durch die



Flutkatastrophe 2013 erneut enorm. Inzwischen steht fest, die Starkregen-Ereignisse wiederholen sich und das mit unterschiedlicher zeitlicher und örtlicher Intensität. Um künftig Verluste auf ein Mindestmaß zu reduzieren, erlebt der effiziente Wasserbau derzeit eine notwendige Renaissance. [Hochwasserschutz schließt Vorsorgemaßnahmen gegen wildabfließende Gewässer ein](#). Gerade Überflutungen durch örtlichen Starkregen werden weithin in ihren finanziellen Dimensionen unterschätzt. [Die präventive Abwehr von Schäden an kommunalem/staatlichem Eigentum](#) (z.B. durch Dimensionierung oder Reinigung der Kanalisation/ Gewässerbette; Bebauungsplanung; Art und Weise der Flächennutzung; gezielte, verteilte Ableitungen) [ist als kommunale Gemeinschaftsaufgabe zu bearbeiten](#). Auf den Praxisleitfaden zur Überflutungsvorsorge „Starkregen und urbane Sturzfluten“ (BWK-Fachinformation 1/2013) wird verwiesen. [Darüber hinaus fordert der Wirtschaftsrat, Hochwasserschutz länderübergreifend mit Tschechien und Polen zu regeln](#). Für die Wirtschaft sind hochwassersichere Standorte bei Neuansiedlungen wie Erweiterungsinvestitionen entscheidungsrelevant.

Schlusswort

Je nachdem, wie der Freistaat die Bedingungen ausgestaltet, wird sich die Wirtschaft entwickeln. Ein optimaler Nährboden bewirkt optimales Wachstum. In dieser Hinsicht haben wir in Sachsen noch Ausgestaltungs- und Entwicklungsbedarf. Da das gesellschaftliche Leistungsvermögen allein auf wirtschaftlicher Wertschöpfung basiert und der Aufholprozess gerade in den nächsten Jahren eine hohe Wirtschaftsdynamik erfordert, [nimmt die Wirtschaftspolitik unter den Politikfeldern höchste Priorität ein](#). Aus diesen mit diesem Grundsatz- und Strategiepapier umfassend beschriebenen Gründen, [fordert der Wirtschaftsrat von der neuen Landesregierung, die Wirtschaftspolitik zur Chefsache zu erklären und als solche zu behandeln](#). Als interessierter und engagierter Wirtschaftsverband steht der Wirtschaftsrat gern mitwirkend zur Verfügung.

Erarbeitet von Landesvorstand, Landesfachkommissionen, von Mitgliedern des Wirtschaftsrates sowie externen Experten.

Dresden, Juli 2014



Erarbeitet: Landesvorstand, Landesfachkommissionen,
Mitglieder des Wirtschaftsrates sowie externe
Experten

Verantwortlich: Peter Michael Münnich, Landesgeschäftsführer,
E-Mail: p.muennich@wirtschaftsrat.de

Herstellung: Weltbuch Verlag GmbH, Dresden
www.weltbuch.com

Bildnachweis: Sächsischer Landtag/Steffen Giersch: S.3, 5, 43, Rück-
seite; Wirtschaftsrat Deutschland: S.5; Dirk Kohl/
Weltbuch Verlag/fotolia.de: Titelseite, S. 11-12, 14-15, 17, 21,
26, 31, 33, 40, 43, Rückseite; Volkmar Heinz: S. 24; Sylvio
Dittrich: S. 29, Europastadt Görlitz GmbH: S. 41

Stand: Juli 2014



Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverband Sachsen
Nicolaistraße 28, 01307 Dresden
Telefon: 0351 / 8026330
Telefax: 0351 / 8026335
Internet: www.wirtschaftsrat.de